Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 18.–22 Sept. 2 200000 M., durch die Post 1000000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 500 000 M. für den Millim. Höhe u. Spalte, 2 500 000 M. f. Reklame, ausschl. an den dreigespaltenen Textteilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 100348, Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 700 000 Mk. | Freitag, den 21. September 1923 | 3. Jahrgang Nr. 221

Auslieferung Deutschlands an ein internationales Ausbeuterkonsortium

Eine Denkschrift Stresemanns an Belgien

Berlin, 20. September.

Das „8-Uhr-Abendblatt" meldet aus Paris: Die Mittagsblätter geben eine Meldung der „Daily News" wieder, wonach Reichskanzler Dr. Stresemann eine neue Denkschrift über die Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen ausgearbeitet und zunächst der belgischen Regierung überreicht hätte. Die Denkschrift enthalte drei Hauptpunkte: 1. Deutschland ist bereit, den passiven Widerstand einzustellen, falls die im Ruhrgebiet verhafteten Deutschen befreit werden und die ausgewiesenen Ruhrbewohner die Erlaubnis erhalten, in das Gebiet zurückzukehren. 2. Deutschland werde versuchen, zur Bezahlung der Reparationen eine höhere Summe als die in der Note Dr. Cunos angebotene Summe von 30 Milliarden zustande zu bringen. 3. Die deutsche Regierung ist bereit, in Deutschland eine internationale Finanzgesellschaft zu gründen, ferner eine Generalhypothek auf die deutsche Industrie aufzunehmen und der Reparationskommission Anteilscheine an sämtliche deutsche Industrieunternehmungen auszuhändigen.

*

Diese Meldung hat die Wahrscheinlichkeit für sich. Poincaré sagte in seiner letzten Rede in Dun am Sonntag, daß Deutschland, wenn es zur Verständigung kommen wolle, den Weg über die Reparationen nehmen muß. Herr Stresemann scheint Poincaré verstanden zu haben.

Bevor Poincaré seine Besprechungen mit dem englischen Ministerpräsidenten Baldwin hatte, über deren Ergebnis noch keine konkreten Angaben vorliegen, die aber in der englischen sowie in der französischen Presse äußerst günstig kommentiert werden, hatte er eine Unterredung mit dem belgischen Ministerpräsidenten, der eine äußerst verständigungsbereite Haltung gegenüber Deutschland eingenommen haben soll, weil er erkannt hat, daß Deutschland zur Verständigung bereit ist. Auch Frankreich läßt verkünden, daß es zur inoffiziellen Fühlungnahme bereit ist, um offizielle Verhandlungen folgen zu lassen.

Nach den Handlungen der Regierung, nach der Reise des französischen Arbeitsministers Le Troqueur nach dem Ruhrgebiet, nach dem Kurierverkehr Berlin—Paris, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Stresemann diese Note zunächst an Belgien gerichtet hat, um bei Frankreich zu fühlen. Sie bedeutet die glatte Kapitulation vor Frankreich, sie bedeutet den Verkauf des deutschen Volkes an ein internationales Finanzkonsortium, Deutschland kommt ebenso wie Oesterreich unter die Herrschaft der Entente.

Wie unter Cuno der Widerstand bis zum Aeußersten angekündigt wurde, so lassen Stresemann-Hilferding inoffiziell erklären:

„Die Regierung ist bereit, alles, was in ihrer Macht liegt, zu tun, um die wirtschaftliche Tätigkeit des Ruhrgebietes wieder herzustellen. Aber eine Befriedigung des Ruhrgebietes ist ebensowenig wie die Wiederaufnahme normaler wirtschaftlicher Funktionen auch nur für die Dauer eines Provisoriums denkbar, solange nicht die Verurteilten amnestiert und die Ausgewiesenen zurückgekehrt sind, und solange nicht die Verwaltung wider in die Hände der deutschen Beamten gelegt ist. Ebenso hängt das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete davon ab, daß die freie Arbeit gewährleistet und der freie Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet gesichert ist."

Stresemann-Hilferding-Sollmann wollen den internationalen Profithyänen den Rest des deutschen Volksvermögens, die Arbeitskraft des schaffenden Volkes, in den Rachen werfen. Die deutschen kapitalistischen Ausbeuter sind bereit, alle Lasten der Reparationen aus den Arbeitern und Beamten durch Mehrarbeit und Kürzung der Gehälter herauszuquetschen. Hat doch nach den mitteldeutschen Kohlenbaronen jetzt auch der Gesamtvorstand des „Verbandes sächsischer Industrieller" auf seiner Tagung in Dresden eine Entschließung an die Regierung gesandt, in der es heißt:

„Der Weg aus der Krisis führt über die Steigerung der Produktion. Wir alle müssen zu größten Opfern bereit sein. Die Lohnpolitik in ihrer jetzigen Ueberspannung ist nicht mehr länger tragbar."

Die internationale Finanzgesellschaft bedeutet den Finanzdiktator der Entente in Deutschland. Wie der frühere Oberbürgermeister von Amsterdam in Wien als Finanzdiktator des Völkerbundes (lies internationale Finanzgesellschaft) zur Ueberwachung der Finanzen und der Produktion sitzt, so wird die internationale Finanzgesellschaft ihren Mann nach Berlin setzen. Vorbereitungen zu einer internationalen Anleihe für Deutschland sind bereits getroffen, amerikanische und englische Bankiers haben sich seit längerer Zeit über die Unterbringung einer internationalen Anleihe unterhalten, die nur deshalb gescheitert ist, weil bisher keine genügenden Garantien geboten worden sind. Stresemann will diese Garantien durch eine Generalhypothek auf die deutsche Industrie schaffen.

Für die Arbeiterschaft bedeutet diese Lösung, daß nicht die Industriellen, sondern sie zu Garanten der internationalen Finanzgesellschaft gemacht werden. Nicht die Werke, sondern die Arbeitskraft des Arbeiters ist die Garantie der Stresemann-Hilferding.

Gegenüber den Plänen der Stresemann-Hilferding muß die Arbeiterschaft ihr eigenes Reparationsprogramm aufstellen. Die Berliner Arbeiterschaft hat durch ihre Betriebsräte den Weg gewiesen. Die Befreiung des Ruhrgebietes ist heute nur durch Bezahlung Frankreichs möglich, da die revolutionäre Kraft des deutschen und französischen Proletariats noch nicht so stark ist, um den französischen Imperialismus niederzuschlagen. Die Reparationen dürfen und müssen nur auf Kosten der Besitzenden bezahlt werden. Dazu ist die Erfassung der Sachwerte Voraussetzung, und die werden nie und nimmer durch die Stresemann-Hilferding-Regierung erfaßt werden, die werden nur durch die Arbeiter-Regierung erfaßt.

Der Kampf zwischen Frankreich und Deutschland kann nur im proletarischen Sinne gelöst werden. Deshalb hinweg mit allen bürgerlichen Koalitionsregierungen und her mit der Arbeiter-Regierung, die ihre Macht auf die proletarischen Organe, auf die Betriebsräte, Kontrollausschüsse und die bewaffneten Hundertschaften stützt.

Ausdehnung des südbadischen Generalstreikes

(Eigene Drahtmeldungen)

Lörrach, 21. September.

Durch das Zusammengehen von Betriebsräten, Gewerkschaften, KPD. und VSPD. ist die Streikbewegung einheitlich und geschlossen. Das entschiedene Auftreten der Arbeiterschaft verhindert Unruhen. Der Generalstreik wird fortgesetzt. Bürgerliche Meldungen von einem Abflauen des Streiks sind nur Wunschmeldungen. Der Regierung ist es peinlich, daß sie durch die Geschlossenheit der Kampffront keinen Vorwand zum Eingreifen hat.

Heidelberg, 21. September.

Seit gestern mittag 12 Uhr ruhen in Heidelberg alle Betriebe. Drei Autos mit Sipo sind eingesetzt worden, um die Straßen zu säubern. Die Betriebsrätevollversammlung hat beschlossen, den Generalstreik auf 12 Stunden auszudehnen und für den Fall, daß die Sipo nicht zurückgezogen wird, auch die Gas- und Elektrizitätswerke und die Straßen- und Eisenbahn stillzulegen.

Mannheim, 21. September.

In den Mannheimer Betrieben haben die Belegschaften zu dem Kampfe der Lörracher und Heidelberger Arbeiterschaft Stellung genommen und sich überall über die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zurückziehung der Sipo ausgesprochen. Alle Belegschaften verlangen die Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses für ganz Baden.

Der bevorstehende bayrische Faszistenputsch

(Eig. Drahtm.) **Nürnberg, 20. September.**

Aus gewerkschaftlichen Kreisen teilt man uns mit, daß eine höhere Amtsstelle mit Gewerkschaftern Fühlung genommen hat, was sie im Falle eines Rechtsputsches zu tun gedenken. Bei dieser Gelegenheit wurde von jener Stelle mitgeteilt, daß in den Kreisen der faszistischen Kampfverbände die Absicht bestehe, in wenigen Tagen loszuschlagen. Höchstens solle der Putsch auf acht Tage verschoben werden.

*

Die Sache muß schon weit gediehen sein, wenn solche Stellen sich genötigt sehen, Alarmrufe in die Welt zu schicken. Für die Arbeiterschaft Süd- und Nord-Deutschlands bedeutet das beschleunigter Ausbau der Abwehrformationen, besonders in den Betrieben.

Die Arbeiter-Regierung in Thüringen an den VSPD.-Führern gescheitert

(Eig. Drahtm.) **Weimar, 20. September.**

Heute wurden die Verhandlungen zwischen der VSPD. und der KPD. über die Bildung einer Arbeiter- und Kleinbauern-Regierung fortgesetzt. Der Zentralvorstand der VSPD. ist durch Dissmann vertreten, der alles versucht, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen und die Große Koalition in Thüringen zu fördern. Die sozialdemokratischen Vertreter haben in den Fragen des Betriebsrätekongresses und den gemeinsamen Hundertschaften keine Zugeständnisse gemacht. In Anbetracht dieser Tatsache gab die KPD. eine Erklärung ab, die u. a. folgendes besagt:

„Es war die ehrliche Absicht der KPD., mit der VSPD. eine Regierung zu bilden, die sich auf den Willen der Werktätigen in Stadt und Land stützt. Die Verhandlungskommission der VSPD. hat trotz ihrer Erklärung zur parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft mit der KPD. es abgelehnt, die Voraussetzungen zur Sicherung der Existenz einer Arbeiter- und Kleinbauern-Regierung mit der KPD. zu schaffen. Diese Sicherung liegt in der Mobilisierung der Arbeiterschaft."

Da in dem vorgelegten Programm der VSPD. außer der Anerkennung der Kontrollausschüsse keine Annäherung an die Forderungen der KPD. vorhanden ist, kann die KPD. nicht in die Regierung eintreten. Nach einer längeren Fraktionssitzung erklärte die VSPD.-Kommission, daß sie ihre Mandate in die Hände ihrer Auftraggeber zurücklegen werde. Die VSPD.-Funktionäre müssen jetzt zu der Situation Stellung nehmen.

In allen Städten und Betrieben Thüringens wächst die Bewegung für die Arbeiter- und Kleinbauern-Regierung unter Unterstützung des Betriebsrätekongresses.

Annahmeverweigerung der Mark. Aus Neuyork wird gemeldet: Die National City Banc hat beschlossen, in Zukunft kein deutsches Papiergeld mehr anzunehmen.

Der neue Währungsplan

In den fünf Wochen des glorreichen Regimes der Großen Koalition haben Markentwertung und Inflation Formen angenommen, wie nie zuvor. Die Inflationssteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger und des Mittelstandes ist größer als je, die Löhne und Gehälter haben, in Goldmark oder Dollar berechnet, einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht. Gleichzeitig aber sind die Preise über das Goldniveau weit hinaus und haben vielfach das Dollarpreisniveau überschritten. Die Preise steigen noch schneller als der Dollarkurs, trotzdem die Markentwertung in einem rasenden Tempo sich vollzieht.

Die Erregung über diese Verhältnisse, die begleitet werden von einem Lebensmittelmangel, die breite Schichten der Werktätigen ergriffen hat, soll durch die Mitteilung des Finanzministeriums über die Währungspläne gedämpft werden. Besteht jetzt das ungeheuerste Elend, weiß die Regierung nicht im geringsten zu helfen, so soll durch die vorsichtige, vielfach auslegbare Fassung der Mitteilung über die Währungspläne eine bessere Zukunft versprochen werden. Der „Vorwärts" sieht richtig wieder einmal den Himmel voller Geigen, die gefährlichsten Illusionen auf eine wertbeständige Währung werden in der Arbeiterschaft zu wecken versucht.

Eine endgültige, klare Lösung hat die Reichsregierung nicht gefunden. Sie will mit Zwischenlösungen arbeiten. Die Reichsbank wird von den Reichsfinanzen losgelöst, die Diskontierung von Reichsschatzanweisungen wird eingestellt. Eine eigene Währungsbank übernimmt die Ausgabe von neuen Noten, die die Uebergangswährung darstellen und deren Deckung in hypothekarischer Belastung des Besitzes in der Höhe und auf Grund des Wehrbeitrags von 1913 besteht. Die neuen Noten werden als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt werden, neben ihnen wird weiter die Papiermark als Scheidemünze bestehen und in sie zu einem bestimmten Kurs einlösbar sein. Mit dieser neuen Notenausgabe will die Regierung das Defizit des Reichshaushaltes decken, nach Ablauf einer bestimmten Zeit zur Schaffung des Gleichgewichts im Reichshaushalt kommen, die neuen Noten gegen Reichsbanknoten einlösen, die Belastung des Besitzes rückgängig machen.

Neben dieser Uebergangswährung wird von der Reichsbank eine Goldwährung geschaffen werden, deren Noten nur in beschränktem Umlauf, je nach der vorhandenen Deckung (Gold, Devisen, Warenwechsel) ausgegeben werden. In Deutschland wird es also die Papiermarkwährung geben, daneben die Uebergangswährung und schließlich die Goldwährung, wozu noch die ausländischen Devisen, die in Deutschland sich in Zirkulation befinden und gewissermaßen die vierte Währung darstellen, kommen.

Die Mitteilung des Reichsfinanzministeriums ist nicht geeignet, die nötige Klarheit über die Pläne der Reichsregierung zu schaffen. Sie teilt die näheren Bedingungen und Absichten der Regierung nicht mit. Sie verschleiert, daß für eine mindestens gewisse Zeit das Notenmonopol vom Staat auf die Privatwirtschaft übergeht, die Beherrschung der Wirtschaft dem Großkapital überliefert wird. Durch diese Mitteilung sucht die Regierung auch die Arbeiter im unklaren darüber zu lassen, daß die eigentliche Goldwährung ein Privileg der Großkapitalisten, die bisher schon durch den Besitz von Devisen sich den Wirkungen der Inflation entziehen konnten, sein wird. Diese Währung, die tatsächlich mit Gold oder goldähnlich gedeckt sein wird, wird in erster Linie dazu dienen, Kredite an die Privatwirtschaft zu geben. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger, den Mittelstand und die Kleinbauern kommt neben der elenden Papiermark, die diese Schichten weiter in Zahlung werden nehmen müssen, nur die Uebergangswährung in Frage. Auch diese Währung soll werbeständig sein. Aber würden diejenigen, die scheinbar mit dem Brustton der Ueberzeugung für die Wertbeständigkeit der Uebergangswährung garantieren, auch davon überzeugt sein, dann hätten sie nicht nötig, für das Großkapital eine besondere Goldwährung zu schaffen.

Die Uebergangswährung entspricht vollkommen einem Versuch der Währungsreform, der in der großen französischen Revolution vorgenommen wurde. Zu Beginn des Jahres 1796 waren die Assignaten, die von der französischen Republik herausgegeben waren, vollkommen entwertet. Das damals sich an der Macht befindliche Direktorium erklärte feierlichst, den Druck der Assignaten einzustellen und die Assignaten durch ein neues Papiergeld, durch die mandats territoriaux einzulösen, Noten, deren Deckung in beschlagnahmten Emigrantengütern bestand. Ende Februar war mit der Ausgabe der neuen Noten begonnen worden, am 31. Juli mußte durch ein Gesetz die vollkommene Entwertung dieser neuen Noten anerkannt werden. Die öffentlichen Kassen nahmen die Noten nur zum Tageskurs an. Heute, wie damals, stellt der Staat den Druck des bisherigen Papiergeldes ein, um neues Papiergeld auszugeben. Heute, wie damals, gibt die Regierung diese neuen Noten aus, um ihr Defizit zu decken. Während aber das Direktorium nach wenigen Wochen die Entwertung ihrer neuen Noten anerkennen mußte, besteht die Gefahr, daß die Werktätigen in Deutschland in diesen neuen Noten bezahlt werden, während gleichzeitig auch diese neue Währung entwertet, die Preise sich nicht nach dieser Währung, sondern weiter nach dem Dollar oder nach der neuen Goldwährung richten. Unter Aufrechterhaltung der Fiktion der „Wertbeständigkeit" der neuen Währung aber können Löhne und Gehälter in ihrem Realwert gedrückt, eine neue Inflationssteuer den Ausgebeuteten aufgebürdet werden.

Zweifellos aber wird die hypothekarische Belastung bei dieser neuen Währung von den Kapitalisten ausgenutzt werden, um be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230921-13/fragment/page=0001

sondere Vorteile herauszuschinden und ihre Forderungen durchzusetzen. Nicht umsonst entspricht diese Währung den Plänen der Helfferich und Minoux. Diese Form der „Belastung", die in Wirklichkeit nicht das geringste für die Kapitalisten bedeutet, ist die beste Art, um nicht nur jeder Sachwerterfassung, sondern auch jeder Besteuerung, jeder Zwangsanleihe zu entgehen.

Das Wichtigste teilt die Regierung überhaupt nicht mit, nämlich ihr Finanzprogramm. Ein solches Finanzprogramm liegt aber vor, in dem eine gewaltige Einschränkung der Ausgaben vorgesehen ist. Aber die Regierung hütet sich wohlweislich, dieses Programm bekanntzugeben, in dem die dementierte Entlassung eines Drittels der Beamtenschaft enthalten ist, durch das die Arbeitslosenunterstützung aufhören soll. Die Regierung sagt nicht, wie sie das Budget balancieren will, wer die Mehreinnahmen bezahlen soll, aber sie beginnt damit, die Verbrauchssteuern wertbeständig zu machen, während die Steuern der Kapitalisten weiter in Papiermark festgesetzt werden. Die Regierung weiß nicht zu erklären, wie sie die Uebergangswährung ablösen will, woher sie die Mittel nehmen kann.

Nur wenige Stunden nach der Mitteilung des Reichsfinanzministeriums über die neuen Währungspläne erschien die Verordnung über die vollkommene Aufhebung der Außenhandelskontrolle. Einen besseren Kommentar hätte die Regierung der Stresemänner und Hilferdinge zu ihrem Währungsprogramm nicht zu geben vermocht. Anstatt, was Voraussetzung für jede ernste Währungsreform ist, eine straffe Außenhandelskontrolle durchzuführen, die Exportdevisen in die Hände des Staates zu leiten und die Einfuhr zu beschränken, trägt die Regierung den Wünschen der Kapitalisten Rechnung.

Eine Regierung der Werktätigen würde nicht nur diese Außenhandelskontrolle schaffen, sie würde durch die Sachwerterfassung von 51 Prozent aller Betriebe mit über 50 Beschäftigten und eine hohe Steuer auf die Einnahmen der übrigen 49 Prozent das Budget des Staates in Ordnung bringen, das Defizit decken und für die Werktätigen eine wertbeständige Währung schaffen, die Lohn- und Gehaltsempfänger nach Warenmark, d. h. nach der tatsächlichen Kaufkraft des Geldes bezahlen. Sie allein ist imstande, nicht nur die Währungsfrage, sondern die gesamten Wirtschaftsfragen Deutschlands im Interesse der Werktätigen zu lösen, die Wirtschaftskrise, die Beschäftigungslosigkeit durch eine proletarische Produktionspolitik, durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland zu überwinden.

Die Währungsexperimente der Regierung der Großen Koalition bringen keine Besserung der wirtschaftlichen Lage. Und schon kündigt die Stinnes-Korrespondenz DDD. eine Stabilisierungskrise an, die getragen werden müsse, „da doch die gesamte Bevölkerung Nutznießer der Inflation gewesen sei". Das bedeutet neue Lasten, neue Leiden, um für die Besitzenden eine gute Währung zu schaffen. Der Forderung der Kapitalisten und Sozialdemokraten, den Plänen der Helfferich und Hilferding nach Schaffung einer wertbeständigen Währung für die Ausplünderer auf Kosten der Ausgeplünderten müssen die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Mittelständler und Kleinbauern ihr Programm der **wertbeständigen Währung für die Ausgeplünderten auf Kosten der Ausplünderer, durchgeführt durch eine Arbeiter- und Bauern-Regierung, entgegenstellen.**

Wie man die Löhne „wertbeständig" macht

Es stieg in der Zeit vom 11. bis 18. September d. J. der Kurs des Dollars von 66,2 auf 150 Millionen Mark, Großhandelsindex von 17 0000 000 auf das 36 000 000fache. Die Steigerung ergibt beim Dollarkurs 126,6 Prozent, bei den Warenpreisen 218,8 Prozent. Die am 11. September wertbeständigen Löhne waren am 18. des gleichen Monats auf etwa ½ ihrer Kaufkraft, die sie am erstgenannten Termin hatten, gesunken. Wer damals den großen Feldzug der VSPD. für „wertbeständige Löhne" als Gaukelspiel bezeichnete, wurde von den Herren im „Volksblatt" als Lump und Schurke denunziert, der den Arbeitern einen wertbeständigen Lohn nicht gönne, der die Verelendung des Proletariats herbeizuführen suche, damit es Krach gibt. Nun genießen die Arbeiter und Angestellten den „beglückenden" wertbeständigen Lohn nach dem Rezept des „Volksblattes" — und die Kaufkraft des Lohnes sinkt tiefer und tiefer. Wer mit Hilferding geht, geht ins Elend hinein.

„Deutscher Tag" und kein Ende

Der „Völkische Beobachter" gibt bekannt, daß am 23. September ein „Deutscher Tag" in Leerstetten, verbunden mit Flaggenweihe, stattfindet. Sämtliche vaterländischen Verbände sind von der Reichsflagge eingeladen, ihre Flaggenweihe zu einer großen vaterländischen Kundgebung auszubauen. Leerstetten liegt in der Nähe von Nürnberg. Da man in Nürnberg nicht den erwünschten Erfolg erzielte, ist die Taktik der Deutschvölkischen die, alle umliegenden Ortschaften planmäßig zu bearbeiten, um nachher Nürnberg doch noch für die völkischen Ziele zu erobern. Die fränkische Arbeiterschaft, die mit der völkischen Propaganda jetzt beglückt wird, muß verhindern, daß in Leerstetten ein „Deutscher Tag" zustande kommt. „Arbeitertag" heißt die Parole. Verstärkung des mitteldeutschen Blockes bis ins Frankenland hinein. Die bayerischen Reaktionäre dürfen nicht nach Thüringen und Sachsen kommen; die Thüringer und sächsischen Arbeiter müssen nach Bayern gehen und den Hitler-Leuten alle Lust an ihrem Vormarsch nach Mitteldeutschland verleiten.

„Reft das Ruhrkampf-Segel!"

Unter dieser Ueberschrift, die wenigstens klipp und klar das Ziel der sozialdemokratischen Regierungspolitik ausspricht, veröffentlicht gestern das „Volksblatt" einen Leitartikel von Eduard Bernstein, in dem er es als höchste Zeit erklärt, den passiven Widerstand abzubrechen. Mit der bisherigen Politik ein Ende zu machen, sei auch Herr Stresemann, Robert Schmidt, Herr von Raumer, Rudolf Hilferding, Wilhelm Sollmann einverstanden. Sie alle haben es, die einen mit dürren Worten, die anderen in nicht mißzuverstehenden Wendungen der Oeffentlichkeit bekanntgegeben. Bernstein schließt mit der Aufforderung: „Darum keinen Tag länger gezaudert mit der Losung: Reft dieses Segel!

Was Bernstein hier klipp und klar ausspricht, ist in der Tat die Parole der Regierung und seitdem der Korruptionsfonds, der „Rhein- und Ruhrspende" heißt, gestoppt ist, auch der bereits sich realisierende Wille der mit Frankreich konform gehenden deutschen Großindustrie. Auch Herr Sollmann, der ganz ähnlich wie Scheidemann seinerzeit die nationale Mobilisierung nach dem Zusammenbruch im Weltkrieg predigte, als Nationalkomparser am Rhein bis zu seiner Ministerernennung fungierte, schreibt sich jetzt die Finger wund und redet sich den Mund fuselig, um den passiven Widerstand abzublasen. Im Kölner Stadion hat er sich damit getröstet, daß wenigstens der Sport lebt, wenn auch die Widerstandskraft stirbt.

Wiederaufbaubilder aus der Ebert-Republik

Wie schön war es doch, als man noch von den verlotterten Häusern und Wohnungen Sowjetrußlands erzählen konnte; wie herrlich war es, als man vom deutschen Wiederaufbau predigen durfte. Und jetzt, wo es immer weiter ins Elend geht, wird man plötzlich ganz kleinlaut. An einer versteckten Stelle im „Vorwärts" findet sich folgende Veröffentlichung:

„Den Verfall der Berliner Häuser beleuchtet eine Anweisung des Polizeipräsidenten an die Polizeireviere. Es heißt darin:

In neuerer Zeit mehren sich die Unfälle durch Herabstürzen von Bauteilen infolge Nachgebens oder Zerstörung ihrer Befestigungsmittel. Diese Erscheinungen sind die Folgen des Nachlassens der gänzlichen Aufhörens der Unterhaltung der Bauten während des Krieges und der Folgezeit. Die Gefahr des Herabstürzens droht namentlich bei den Putzschalen der Häuser, bei den Stuckkonsolen von Balkonen und Gesimsen und bei solchen Bauteilen, deren Standfestigkeit in der Regel auf Hilfskonstruktionen aus dünnen Eisenstab- oder Drahtgebilden beruht, da diese einer schnellen Zerstörung durch Rost ausgesetzt sind."

Eine weitere Notiz zeigt ebenfalls, wie weit der Wiederaufbau Deutschlands vorgeschritten ist:

„Schließung der Heilstätte Beelitz. In einer Besprechung, die zwischen der Landesversicherungsanstalt Berlin und dem Reichsarbeitsministerium vor einigen Tagen stattfand, wurde die Frage der Schließung der Heilstätte Beelitz erörtert."

Während die Krankheiten sich vermehren, es an geeigneter Unterkunftsmöglichkeit für notleidende Menschen mangelt, erörtert man die Schließung der vorhandenen Heilstätten, anstatt neue Räume für die Kranken bereitzustellen. Für Sozialpolitik hat man kein Geld übrig, während die Industriellen Kredite in jeder geforderten Höhe erhalten.

Die bürgerliche Lügenwettel

Aus dem soeben erschienenen Arbeiter-Wandkalender 1924 (364 Seiten mit 175 ein- und 15 zweifarbigen Illustrationen). Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen.

Ein zynischer Verbrecher der Lüge

Die „Weltbühne" bringt in ihrer neuesten Nummer folgende Geschichte:

„Als das Ruhrgebiet zwei Wochen besetzt war, wünschte eine Berliner Vereinigung über die Frage des Tages einen der bekanntesten Machthaber unserer Presse zu hören. Nach seinem Vortrag trat als erster Diskussionsredner mein Mitarbeiter A. auf und sprach: „Ich erlaube mir, an Herrn Z. die Frage zu richten, weshalb er von alle den interessanten aufschlußreichen und plausibel klingenden Ausführungen, die er hier gemacht hat, und die ganz danach angetan sind, das Volk, das jetzt wieder genau so belogen werden soll wie im Kriege, beizeiten aufzuklären — also ich frage ihn, weshalb er nichts davon in seiner Zeitung schreibt oder schreiben läßt." Herr Z. kam keinen Augenblick in Verlegenheit, sondern erhob sich, beide Hände in die Hosentaschen versenkt und verbindlich lächelnd, wie wir alle ihn seit Jahrzehnten lieben, zu folgendem ehrlichen Zynismus: „Darauf habe ich Herrn A. dreierlei zu erwidern. Erstens habe ich meinem Verlag gegenüber meine Stellung so oft aufs Spiel gesetzt, daß ich es satt habe. Zweitens: wenn unser Hauptkonkurrenzblatt die Wahrheit sagte, würden wir sie auch sagen. Da es aber die Unwahrheit sagt und da unsere Leser, wenn wir die Wahrheit sagen, in Scharen zu ihm überlaufen würden, müssen auch wir die Unwahrheit sagen."

Die „Weltbühne" hat nicht den Mut, auch den Namen des bürgerlichen Journalisten anzuprangern, der sich so zynisch zu der Belügung der Oeffentlichkeit bekennt. Aber zu was auch den Namen nennen: Die Redakteure der bürgerlichen Presse sind sich alle gleich. Alle Redakteure der bürgerlichen Presse lügen, schreiben stets das Gegenteil von dem, was ihre eigene Ueberzeugung ist, weil es das Interesse ihrer kapitalistischen „Brotgeber" so verlangt.

Darum heraus mit den bürgerlichen Lügenblättern aus den Wohnungen der Schaffenden. In der Stunde, da der Untergang droht, muß das schaffende Volk die Wahrheit hören, bedarf es zu seiner Orientierung eines Organs, das ihm ehrlich den Weg zeigt, den es gehen muß, wenn es sich noch retten will.

Die kommunistische Presse sagt den verlendeten Massen der Ausgebeuteten, Betrogenen und Hungernden die Wahrheit, zeigt ihnen den Weg zur Rettung.

Lest den „Klassenkampf"!

Lügen-„Vorwärts" und Lügen-„Volksblatt"

In seiner Abendausgabe vom Mittwoch, dem 19. September, bringt der „Vorwärts" folgende Zeilen an versteckter Stelle:

„Radek erklärt in der „Prawda", daß der angeblich von ihm, während seines vermeintlichen Aufenthalts in Berlin Anfang August verfaßte Bericht über die deutsche Streikbewegung gefälscht sei. Er habe seit Juni Rußland nicht verlassen."

Der „ehrliche Arbeiterführer" F. O. H. Schulz, dem die Abendausgabe des „Vorwärts" bereits am Mittwochabend zur Verfügung stand, hat bis heute noch nicht die Berichtigung des „Vorwärts" nachgedruckt. Er hält also diese Lüge weiter aufrecht. Ueber unsere Frage, woher der „Vorwärts" diesen Lügenbericht hat, ob von einem Weismann-Sollmann-Spitzel oder ob die „Vorwärts"-Redaktion ihn selbst angefertigt hat, schweigt die sozialdemokratische Presse. Sie bestätigt damit unsere Behauptung.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen ihre Redaktionen zwingen, Farbe zu bekennen. Schweigen die Redaktionen, schweigt das „Volksblatt", so werden die Arbeiter der VSPD. erkennen, daß das „Volksblatt" sie nicht nur in persönlichen Angelegenheiten belügt, sondern daß sie auch politisch belogen werden. Sie werden die Konsequenz daraus ziehen und den „Klassenkampf" bestellen.

Die saarländische Arbeiterschaft an das deutsche Proletariat

Die Konferenz der kommunistischen Vertrauensleute des Saargebiets am 16. September in Saarbrücken faßte einstimmig folgende Entschließung:

„Die Berliner Reichsregierung ist drauf und dran, vor der Regierung der französischen Schwerindustrie zu kapitulieren. Das deutsche kapitalistische Bürgertum will, koste es, was es wolle, zu einer Einigung mit Poincaré kommen, **auf Grund neuer ungeheuerer Ausbeutung der Arbeiterschaft und der Mittelschichten.** Es ist gewiß, Teile des Rheinlandes der Herrschaft des französischen Imperialismus preiszugeben, nur um seine Stellung als herrschende soziale Schicht zu retten. Die Stresemann-Hilferding-Regierung scheut nicht zurück vor dem Hochverrat an den Interessen des gesamten werktätigen Volkes im Reiche. **Jetzt geht sie vor gegen die eigenen Volksgenossen, die sich wehren,** in das **doppelte Joch der Kolonialsklaverei verkauft zu werden.** Wir protestieren gegen das Vorgehen der Reichsregierung gegen die Vorhut des deutschen Proletariats, die KPD. Wir verlangen die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen.

Die kommunistische Arbeiterschaft des Saargebiets verfolgt mit Begeisterung den heldenmütigen Kampf der revolutionären Arbeiterschaft im Reich gegen ihre Verschacherung an die Ententekapitalisten. Als Teil der Arbeiterklasse Deutschlands wird sie Seite an Seite mit dem Proletariat im Reiche stehen, wenn die Entwicklung diese zwingt, **die politische Macht in die Hände zu nehmen** und Land und Volk vor dem Untergang zu retten.

Auf Grund unserer Erfahrungen im Saargebiet warnen wir die rheinischen Arbeiter vor den Lockrufen der Separatisten und der im Schatzpelz heute auftretenden französischen Besatzungsmacht. Wir warnen die Klassengenossen im Reich, **sich durch irgendwelche Sirenengesänge auf den Völkerbund, auf dessen Hilfe, auf dessen heuchlerischen Losungen von „Freiheit, Gleichheit, Demokratie" irreführen zu lassen.** Gerade die Saararbeiter haben unter dem Regime der Völkerbunds-Regierungskommission bittere Erfahrungen gemacht. Wir haben **weniger politische und wirtschaftliche Rechte als die Klassengenossen im Reiche.** Wir haben keine Betriebsräte. Uns hat man durch eine aller Demokratie ins Gesicht schlagende „Notverordnung" das **Koalitions- und Streikrecht in äußerstem Maße beschnitten.** Die **Versammlungsfreiheit** ist der Willkür der Völkerbundsregierung überlassen. Das Saargebiet hat eine parlamentarische Vertretung, die eine Komödie, ein rechtloses, einflußloses Scheingebilde der „Demokratie" ist.

Wir vertrauen fest auf den Willen und die Kraft des deutschen Proletariats, sich **allein auf eigene Kraft zu verlassen.** Wir werden in den heraufsteigenden Kämpfen geschlossen **Seite an Seite mit ihm kämpfen."**

Mitgliederstand der ADGB.-Verbände

Einer Veröffentlichung des ADGB. über seine Mitgliederzahlen entnehmen wir folgendes:

„Die 45 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Zentralverbände zählten am Schlusse des zweiten Vierteljahres **insgesamt 7 721 290 Mitglieder, wovon 1 653 869 weibliche Mitglieder.** Die Gewerkschaft der Film- und Kino-Angehörigen hat auch diesmal die Zahl ihrer Mitglieder nicht angegeben. Für die Gesamtziffer ist das jedoch nicht von Bedeutung.

Im dritten Vierteljahre des Vorjahres war die Mitgliederzahl wieder über 8 000 000 gestiegen, sie sank dann auf rund 7 900 000 am Jahresschluß 1922 und hielt sich in diesem Jahre bis jetzt auf rund 7 700 000 Mitglieder. Gegen das erste Quartal 1923 ergibt sich eine Abnahme von 3 096 männlichen und 6 752 weiblichen Mitgliedern, gegen den Mitgliederbestand Ende 1922 eine Abnahme von 187 226 Mitgliedern, wovunter 76 583 weibliche."

Aus dieser Veröffentlichung geht klar und deutlich hervor, daß gegenüber dem dritten Vierteljahr des Vorjahres eine Abnahme des Mitgliederbestandes zu verzeichnen ist.

Haben sich die weißen Strategen des Bundesvorstandes einmal überlegt, worauf das zurückzuführen ist?

Seit Jahr und Tag haben wir Kommunisten darauf hingewiesen, daß die vollkommene Passivität des ADGB. in allen wichtigen die Arbeiterklasse berührenden Fragen zu einer Erschütterung der Organisationen führen muß. Der Rückgang in Mitteldeutschland ist auf das Vorgehen der Hesse, Wielepp und Konsorten während des letzten Generalstreiks zurückzuführen, die ja die Anordnungen des Bundesvorstands durchführten. Alle Ermahnungen und Hinweise der Kommunisten wurden mit einem höhnischen Lächeln in den Wind geschlagen. Niemals wurde die Kraft der Organisationen gegen die Anschläge des Kapitals im Sinne des Klassenkampfes eingesetzt. Man klammerte sich an die verwerfliche Politik der Arbeitsgemeinschaft, gegen die Mahner ging man mit den schärfsten Mitteln vor. Der Reformismus triumphiert auf der ganzen Linie. Das rächt sich jetzt bitter.

Rosa Luxemburg hat einmal darauf hingewiesen, unter welchen Umständen die Gewerkschaften Lebensbedingungen haben. In „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" heißt es:

„Die Gewerkschaften aber können, wie alle Kampforganisationen des Proletariats, sich selbst nicht auf die Dauer anders erhalten, als gerade im Kampf, und zwar nicht im Sinne allein des Frosch-Mäusekrieges in den stehenden Gewässern der bürgerlich-parlamentarischen Periode, sondern im Sinne heftiger revolutionärer Perioden des Massenkampfes."

Wenn die Gewerkschaften Kampforgane sind im Sinne dieser Ausführungen, werden sie große Scharen von Arbeitern um sich sammeln können, die bereit sind, mitzuarbeiten an den Aufgaben der Arbeiterklasse.

Aus diesem Rückgang erwachsen den kommunistischen Fraktionen in den Verbänden große Pflichten. Sie haben durch ziel- und planbewußte Arbeit dafür zu sorgen, daß das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerkschaften gestärkt wird. Das Proletariat braucht in den kommenden schweren Kämpfen seine Gewerkschaften als Bollwerk gegen den Ansturm des Kapitalismus. Nur wenn die Gewerkschaften groß und stark sind, indem sie alle Arbeiter zu einer festgefügten Einheitsfront umfassen, werden sie den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden. **Der Einfluß der Reformisten, der sich nur für die Arbeiter schädigend auswirkt, muß gebrochen werden, klassenbewußte Arbeiter müssen die Führung der Gewerkschaften übernehmen.**

Riesengroße Aufgaben liegen vor uns. Wir können sie nur lösen, wenn wir alle Ausgebeuteten in eine Einheitsfront zusammenschweißen. **Tausende Arbeiter laufen noch unorganisiert herum** und stehen den Gewerkschaften noch fern. Auf sie muß sich die Tätigkeit der Kommunisten erstrecken, restlos sind sie den Gewerkschaften zuzuführen, damit sie eingereiht werden in die Kampffront gegen das Kapital und seine reformistischen Helfer.

Wenn jeder Kommunist seine höchste Ehre darin sieht, alle noch fernstehenden Arbeiter den Gewerkschaften zuzuführen, damit diese im revolutionären Sinne gestärkt und für den Klassenkampf brauchbar werden, wird der Tag nicht mehr fern sein, wo das deutsche Proletariat über die Anschläge seiner Gegner triumphieren wird.

Die Menschewikische Partei Georgiens für Sowjet-Rußland

Tiflis, 2. September.

Am 30. August sind die Arbeiter des Allgeorgischen Parteitages der Menschewiki beendet worden. Er war eine fürchterliche Niederlage für die Führer der Menschewiki-Partei. Der Zentralausschuß der Menschewiki bekam trotz aller Anstrengungen nur drei Stimmen von 225 von den auf dem Kongreß anwesenden Delegierten. Die Partei der Menschewiki als solche ist endgültig und auf immer liquidiert. Die 12 000 Mitglieder der Partei, Arbeiter und Bauern, haben für die Anträge zur Verteidigung der Sowjetmacht gestimmt.

Abgekürztes Presseverbot. Das Verbot unseres Breslauer Parteiorgans, der „Schlesischen Arbeiterzeitung", ist, wie uns mitgeteilt wird, von 14 auf 8 Tage verkürzt worden. Der einmütige Protest der schlesischen Arbeiterschaft bis weit in die Kreise der indifferenten und sozialdemokratischen Arbeiter hinein ist nicht ohne Eindruck geblieben. Dennoch bleibt das Verbot einer revolutionären Arbeiterzeitung, angesichts des kapitalistischen Zusammenbruchs und der Rüstungen der Faszisten, zumal es von einem Funktionär der VSPD. ausgeht, ein Skandal ohnegleichen.

Ein markenfreies Brot 12 Millionen Mark. Der Preis des markenfreien Brotes in Berlin ist schon wieder erhöht worden, und zwar auf 12 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230921-13/fragment/page=0002

Der Kommunismus und die nationalistische Bewegung Deutschlands

Von Karl Radek

III. Die Außenpolitik der deutschen Revolution und Konterrevolution

Deutschland befindet sich in tiefster Ohnmacht und Erniedrigung. Nicht das ist das Bezeichnendste für seine Lage, daß große Teile des deutschen Bodens besetzt sind von französischen Truppen, daß ein Teil des Reiches durch fremde Gewalt getrennt ist von dem Ganzen, sondern das Bezeichnendste an der Situation ist, daß die bisher in Deutschland herrschenden Klassen nicht fähig sind und nicht fähig sein können, Deutschland zu einigen, Deutschland vor dem Geschick einer Kolonie des fremden Kapitals, das deutsche Volk vor dem Geschick, Kulturdünger für die Bourgeoisie fremder Nationen zu sein, zu bewahren. Das Katastrophale ist nicht die Lage selbst, sondern die Richtung ihrer Entwicklung unter der Herrschaft der Bourgeoisie. Alle bürgerlichen Regierungen Deutschlands seit der Niederlage im Kriege waren Kapitulationsregierungen. Sie waren Kapitulationsregierungen nicht darum, weil sie es wollten, sondern weil sie es mußten. Nicht nur Hermann Müller unterzeichnete das Versailler Diktat, sondern auch die sogenannte Kapp-Regierung begann mit einem Kotau vor Versailles; Kapp und Lüttwitz glaubten vielleicht, es handle sich dabei nur um eine Diplomatische Floskel. Würden sie sich aber gehalten haben, so hätten sie Fronvogte der Entente sein müssen, denn sie waren eine Regierung gegen die deutsche Arbeiterklasse, eine Regierung der Erhaltung des Kapitalismus. Angesichts dieser Tatsache konnten sie nicht nur nicht daran denken, das deutsche Volk im geheimen zu bewaffnen, sondern sie mußten die Waffen in den Händen des deutschen Arbeiters fürchten: Mit 15 Millionen Proletariern gegen sich kann man keinen Kampf nach außen führen. Die deutschen Nationalisten führen eine Kampagne gegen Stresemann als den Vorbereiter der Kapitulation. Herr Ludendorff und Herr Hitler proklamieren den Kampf um die Macht, um den Kampf gegen die Entente vorzubereiten. Aber das alles ist Schall und Rauch und würde verwehen an dem Tage, wo sie zur Regierung gelangen würden, denn Ludendorff, der Führer der nationalistischen Bewegung, und noch mehr Hitler, sind Marionetten, die an Drähten gezogen werden durch die Könige von Kohle und Eisen und durch die deutschen Brotwucherer. Würde es ihnen tausendmal gelingen, die Macht zu erobern, sie würden machtlos sein. Im Kriege entscheidet der Mann, der die Granaten dreht und der, der hinter dem Maschinengewehr steht, und entscheidend nur die Haltung dieses Mannes ist, was in seiner Brust lebt, ob er überzeugt ist, für seine Interessen zu kämpfen oder fremden Interessen zu dienen. Das deutsche Heer schlug den Feind, solange es an die Heiligkeit des Krieges glaubte. Es ward geschlagen, als seine Moral geschlagen war. Das Tiefste in Clausewitz' Werken ist, daß er verstand, wie moralisch das scheußliche Handwerk des Krieges ist. Das deutsche Volk wird an dem Tage imstande sein, seine Abwehr zu beginnen, wo das deutsche Proletariat und wo die breiten Massen des deutschen Kleinbürgertums in Stadt und Land verstehen werden, daß sie für eigene Interessen leiden und bluten. Nur dann, wenn das eintreten wird, beginnt der Wiederaufbau Deutschlands. Das deutsche Volk braucht zum Kampfe gegen seine Zerstückelung und Zerreißung durch den äußeren Feind die Ueberwindung seiner inneren Zerrissenheit. Kann diese Ueberwindung stattfinden auf dem Boden des Kapitalismus? Es ist unsinnig, auch nur für einen Augenblick das anzunehmen. Bei der jetzigen Armut Deutschlands bedeutet der Kapitalismus die Notwendigkeit eines unerhörten Elends für die breitesten Massen, damit eine kleine Gruppe der Kapitalisten Profite machen kann. Können sich auf diesem Boden 15 Millionen Proletarier und neun Millionen pauperisierter, hungriger Kleinbürger vereinigen mit den Fabrikbesitzern, Bankiers, Großkaufleuten und Junkern? Die Frage zu stellen bedeutet, sie zu verneinen. Einigen kann sich die Mehrheit des deutschen Volkes nur auf dem Boden des Kampfes gegen Not und Elend und noch mehr auf dem Boden des Kampfes gegen die krasse, soziale Ungleichheit, gegen die Parasiten, die am Leibe Deutschlands wuchern. Nur der große Glaube, daß der Kampf geht um eine Organisierung des Lebens auf neuen, besseren Grundlagen, wird dem deutschen Volke die Kraft geben, all das Unsägliche zu ertragen, was seiner wartet in jedem Falle, ob die Revolution oder die Konterrevolution siegt. Es wird die Leiden der Revolution ertragen, weil die Revolution den Weg in eine bessere Zukunft ebnet. Darum ist es kindisch, wenn manche deutsche Nationalisten sagen: „Ihr Herren von der Kommunistischen Internationale diktiert uns nicht, welche innere Politik wir treiben sollen, das muß das deutsche Volk selbst entscheiden!" Dieser Einwand ist lächerlich. Man kann nicht die Revolution von außen importieren; wenn das deutsche Volk sich für die Revolution nicht entscheidet, so kann ihm das niemand befehlen. Der Befehl kommt von einem höheren Punkt, als es die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist. Der Befehl kommt de profundis, aus der Tiefe der Not des deutschen Volkes. Die deutsche Revolution ist der Befehl der deutschen Not an die deutschen Volkssöhne. Erhören sie diesen Befehl, so beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte Deutschlands. Erhören sie ihn nicht, so ist Deutschland für Jahrzehnte aus der Liste der kämpfenden Völker gestrichen, es ist ein Objekt der fremden Ausbeutung und der fremden Befehle.

Was kann aber das deutsche Volk tun, wenn es sich erhebt? Es ist umzingelt von Feinden, es ist entwaffnet. Ein Siebzigmillionenvolk kann nicht vernichtet werden, wenn der Wille zur Verteidigung große Massen ergreift. Frankreich hat zwar genug Heere, um Deutschland zu belegen; aber Frankreich hat weder die Mittel, um Deutschland zu ernähren, noch die Mittel, um sich selbst zu halten, falls es versucht, die unlösbare Aufgabe der Niederhaltung von 70 Millionen Menschen zu lösen. Das ist die größte Chance der deutschen Revolution: die Aussichtslosigkeit der französischen Politik. Die zweite Chance ist der französisch-englische Gegensatz. Die sogenannten Kontinentalpolitiker in Deutschland haben vollkommen recht, wenn sie über die Hoffnungen auf die Rettung durch England lachen. Aber die deutschen Nationalisten haben ebenso recht, wenn sie über die Hoffnungen der Bernhard und Stresemann lachen, man könne Deutschland retten durch eine Verständigung mit Frankreich; denn erstens ist diese Verständigung auf die Dauer unmöglich, ohne daß Frankreich im Saargebiet und am Rhein bleibt und die Ruhrindustrie unter den Kanonen der französischen Artillerie hält; zweitens wird England auf eine solche Verständigung, die Frankreich zur ausschlaggebenden Kontinentalmacht machen würde, mit Konterminen antworten. Aber es wäre trotzdem unrichtig, anzunehmen, daß der französisch-englische Gegensatz keine wichtige Bedingung für den deutschen Befreiungskrieg ist. Er bildet eine solche, aber nur in einem Falle, nämlich, wenn das deutsche Volk selbst ein Machtfaktor ist, eine handelnde aktive Masse. Sei es eine Masse, die, als Heer organisiert, die Waffen erheben kann, sei es als eine, die einen Vulkan unter den Füßen des Gegners bildet. Der französisch-englische Gegensatz spielte eine große Rolle bei der Ueberwindung der Herrschaft Napoleons, aber nur, weil Scharnhost, Gneisenau und Blücher sich auf eine aufstehende Nation stützen konnten.

Den dritten Faktor der deutschen Erhebung und Befreiung bildet Sowjet-Rußland. Neventlow suchte in kühler Weise zu unterstreichen, welches Interesse Rußland an der Befreiung Deutschlands haben kann. Es ist unsinnig, den deutschen Nationalisten zu verübeln, daß sie nicht sentimental sind und auch bei den anderen weltpolitischen Faktoren keine Sentimentalität voraussetzen. Sowjet-Rußland möchte regiert sein durch Leute, die das deutsche Volk mehr lieben als das russische: seine Regierung wäre trotzdem nicht imstande, Rußlands Kraft einzusetzen zur Unterstützung des deutschen Befreiungskampfes, wenn die Interessen des deutschen und russischen Volkes bei einer deutschen Revolution nicht gemeinsam wären. Bestehen solche gemeinsamen Interessen? Jawohl, sie bestehen. Das russische Volk ist umgeben von starken kapitalistischen Nationen, die es zur Kolonie machen wollen; die geographischen Bedingungen Rußlands geben ihm eine große Abwehrkraft gegen die feindlichen Absichten, aber es kann sich jahrelang, sogar vollkommen isoliert, gegen die Gefahren seitens des internationalen Kapitals wehren; aber auf die Dauer ist die kapitalistische Welt stärker als die Bauern und Arbeiter Rußlands, schon aus dem Grunde, weil die finanzielle Blockade Rußlands nicht erlaubt, schnell seine Industrie, die Grundlage der technischen Abwehrmittel, auszubauen. Der Sieg des deutschen Proletariats, seine wirtschaftliche Kooperation mit den russischen Arbeitern und Bauern würde dem deutschen Arbeiter Rohstoffe und Lebensmittel geben, dem russischen Proletariat aber einen großen Teil technischer Mittel und technischer Fähigkeit zum Wiederaufbau des großen Reiches von Wladiwostok bis zur Beresina. Das ist für das große Ziel Rußlands an der Befreiung des deutschen Volkes, und die brüderlichen Gefühle Rußlands dem deutschen Volke gegenüber sind nur der Ausdruck dieser gemeinsamen Interessen. Man kann auch nicht den deutschen Nationalisten verübeln, wenn sie fragen, womit Rußland Deutschland helfen kann, wenn sie auf all die großen Schwierigkeiten hinweisen, die dem Zusammenwirken der beiden Völker im Wege stehen? Nur stellen die deutschen Nationalisten die Frage unrichtig, wenn sie von Garantien sprechen, wenn sie die Fragen statisch und nicht dynamisch behandeln. Zwei sich in Not befindende Länder können nicht so rechnen: was hat jedes an dem heutigen Tage und was kann es an dem heutigen Tage dem andern bieten. Sie müssen sich fragen: Wollen wir unser Schicksal vereinigen, sind wir genügt, eins für das andere mit Kopf und Kragen einzustehen, wollen wir eine gemeinsame Sache verteidigen? Ist dieser Entschluß gefallen, so ist alles andere die Frage der Energie, die Frage des ehernen Entschlusses, die Frage des Wittens auf Leben und Tod. Dann entscheiden die großen Massen, die großen Möglichkeiten, die in Wirklichkeiten verwandelt werden. Die Kommunistische Partei Rußlands hat in ihren offenen Kundgebungen, hat vor den Massen Rußlands und Deutschlands erklärt, daß sie, wie sehr sie bestrebt ist, den Frieden zu erhalten, und wie sehr sie bestrebt sein wird, auch weiterhin ihn zu erhalten, jedoch fest entschlossen ist, eine deutsche Arbeiterrevolution von der Entente nicht erdrosseln zu lassen, und daß sie, wenn das deutsche Volk aus freiem Entschluß sich entscheidet, den großen Schritt zu tun, an seiner Seite kämpfen wird. Was das bedeutet, brauche ich nicht zu erklären, und ich bin überzeugt, daß es keinen politisch ernsten Menschen der Welt gibt, der diese Entscheidung leicht nehmen wird.

Die vierte außenpolitische Bedingung des Sieges der deutschen Revolution ist ihre politische Auswirkung in der Welt. Die Entente wird sie hassen, aber sie wird sie mehr fürchten als das jetzige Deutschland. Es wäre unsinnig, die jetzigen Kräfte der Kommunistischen Parteien zu überschätzen. Die französische Kommunistische Partei ist schwach, sie kann in diesem Moment den Krieg nicht verhindern. Aber die kommunistische Bewegung Polens in den letzten Jahren sehr erstarkt. Einer der führenden polnischen Schriftsteller, der Abgeordnete Grabski, sagt das in dürren Worten in seinem vor ein paar Wochen veröffentlichten Buche. In der Tschechoslowakei steht hinter der Kommunistischen Partei schon die Mehrheit des Proletariats, und die deutsche Revolution darf nicht nur mit den Kräften rechnen, die schon vorhanden sind, sondern die sie selbst in fremden Ländern auslösen wird. Der deutsche Befreiungskampf, der verbunden sein wird mit der Sache der Befreiung der deutschen Arbeiter, Kleinbauern, Intellektuellen und Kleinbürgern, und nicht mit der Sache der Wiederherstellung des Regimes der Hohenzollern oder mit der Alleinherrschaft von Stinnes, wird in der Welt ein mächtiges Echo finden. Kein Volk macht für ein anderes aus Sympathie eine Revolution. Die Revolution ist keine Sympathiekundgebung, ist ein Kampf auf Leben und Tod. Aber in einer Anzahl von Ländern reifen die Ereignisse für die Revolution heran, in anderen werden sogar die Sympathien der Volksmassen für Deutschland eine große Bedeutung haben, indem sie die Regierungen schon heute nötigen, mit ihren Schwierigkeiten zu rechnen, und morgen innere Schwierigkeiten sich in Revolutionen verwandeln können.

Die deutsche Revolution ist die Bedingung der Befreiung des deutschen Volkes. Wie es sich befreien wird, mit welchen Mitteln, auf welchen Wegen, durch welche Etappen, das ist eine Frage, die nur hypothetisch behandelt werden kann, die aber schon jetzt behandelt werden soll.

Ausland

Die Räumung Korfus

London, 20. September.

Der italienische Generalkonsul in Korfu hat dem dortigen britischen Konsul mitgeteilt, daß sich die italienischen Truppen vorbereiteten, die Räumung der Insel am 27. September vorzunehmen. Der italienische Konsul erklärt, daß die Munition verladen wird und daß die Landungsplätze geräumt werden.

Die griechisch-türkische Spannung. Die Nationalversammlung der Türkei in Angora beschäftigte sich mit den Gewaltaten der Griechen in Mazedonien. Der Antrag, mit äußerster Strenge vorzugehen, wurde einstimmig angenommen.

Der Vorstoß der Grubenherren

Das „Volksblatt" und die Bergarbeiter

Die Regierung Stresemann-Hilferding-Sollmann hat zunächst für die Arbeiter der Reichswerke den Neun- und Zehnstundentag diktiert. Wenn die Arbeiter neun und zehn Stunden arbeiten, dann ist genügend Arbeit für alle Arbeiter vorhanden, weigert sich die Arbeiterschaft, länger zu arbeiten, dann müssen sie verkürzt arbeiten, Kapitalistische Logik der sozialdemokratischen Minister.

Dieses Vorgehen der Reichsregierung findet einen sofortigen Widerhall bei den Kohlenbaronen, die nicht nur den durch den Reichsindex „wertbeständig" gemachten Lohn nicht zahlen wollen, sondern nach dem Beispiel und Vorbild der Reichsregierung, Stresemann hat ja die längere Arbeitszeit im Bergbau bereits angekündigt, ebenfalls die Arbeitszeit verlängern wollen.

Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes teilt in einem Rundschreiben ihren Funktionären mit, daß die Bergherren den Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 272,5 Prozent vorsah, abgelehnt haben und nur 200 Prozent zahlen wollen. Sie teilt ferner mit, daß die Bergherren bereits so frech und unverschämt sind, ungültige, ohne Mithilfe des BVV. zustande gekommene Lohntafeln zu berechnen. In dem Rundschreiben heißt es dann weiter:

„Kameraden! Wir kennen die fürchterliche Notlage der Bergarbeiter, geht es uns doch nicht besser. Wir kennen auch das freche provozierende Benehmen der Arbeitgeber für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Sagte doch der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Generaldirektor Platschek bei einer Verhandlung: „Was gehen uns die Arbeiter an, erst kommt die Wirtschaft und dann die Arbeiter" und Herr Leopold, der Direktor der Stinnes-Montanwerke, bot uns bei der letzten Lohnverhandlung eine Lohnerhöhung von 7 Millionen je Schicht an, und erklärte, „damit sei die Teuerung in Mitteldeutschland voll abgegolten." Höher geht's nimmer. Bei einem Dollarstand von 120 Millionen bietet man den Arbeitern 17 Millionen, nach der Friedenswährung 60 Pf. je Schicht, während sie für 1 Zentner Brikett, der im Frieden 45 Pf. kostete, 80 bis 91 Goldpfennige nehmen. Rechnet man die 30prozentige Kohlensteuer ab, so bleiben immer noch 60 bis 75 Pf. **Hier muß unter allen Umständen Wandel geschaffen werden. Es darf daher unter keinen Umständen zu Teilstreiks kommen. Geschlossen wie ein Mann muß sich die Bergarbeiterschaft hinter ihre Vertreter stellen, denn es geht ums Ganze. Nicht nur um den Lohn, sondern um den Achtstundentag, Urlaub, Tarif, Betriebsrätegesetz und alles das, was unsere Führer in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit errungen haben.** Wörtlich sagte Platschek u. a.: **„Es muß über Tage wieder zehn bis zwölf Stunden gearbeitet werden, da mag es biegen oder brechen, wir werden es durchsetzen."**

Der Unterverband des Halleschen Bergwerksvereins hat bereits beim Arbeitgeberverband beantragt, den Tarifvertrag zum 1. Januar 1924 zu kündigen.

Der Bergarbeiterverbandsvorstand wird am 20. September in Berlin mit den Bezirksleitern zu dieser Frage Stellung nehmen.

Die Behrens, Hesse, Reddigau müssen nun bestätigen, was wir Kommunisten vorausgesagt haben, sie stehen am Grabe der von ihnen mit Händen und Zähnen verteidigten Arbeitsgemeinschaft. Wir werden ja sehen, was die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer gegen die Politik der sozialdemokratischen Koalitionsminister unternehmen werden, denn die Verlängerung der Arbeitszeit ist das Programm der Großen Koalition, die heute immer noch vom hallischen „Volksblatt" als der einzige Ausweg bezeichnet wird.

Die Verlängerung der Arbeitszeit als offizielles Regierungsprogramm wurde aber schon vom „Volksblatt" am 15. August angekündigt, es schrieb damals in einem Artikel „Nicht verzweifeln":

„Auch die schlimmste Not soll uns diese Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht nehmen. Wir vertrauen darauf, daß die arbeitenden Massen durch alle Drangsal den rechten Weg finden werden. Wir wollen stolz sein, wenn es sozialdemokratischer Arbeit (gesperrt im „Volkblatt") gelingt, die schlimmste Not zu bannen und den Glauben an die große Mission der Arbeiterklasse wieder aufzurichten.

Jetzt heißt es: **Arbeiten und nicht verzweifeln!"**

Jetzt sollen die Arbeiter nach dem Willen der Kohlenbarone, Stresemanns und Hilferdings zehn, ja zwölf Stunden arbeiten. Das „Volksblatt" hat bis heute noch nicht die Tatsache, daß den Arbeitern der Reichswerke, die im Besitz des Reiches sind, der 9- und 10-Stundentag diktiert worden ist, seinen Lesern zur Kenntnis gebracht. Die Bezirksleitung und Verbandsvorstand des BVV. beraten die Lage. Was soll geschehen? Gestreikt darf nicht werden, denn das ist ein Verbrechen an der Volkswirtschaft. Die Entscheidung des Bergarbeitervorstandes ist schwer. Die Bergarbeiter verlangen eine entschiedene Verteidigung des 8-Stundentages, dessen Hochhaltung Hesse in so vielen Versammlungen als höchstes Ziel hingestellt hat. Die Bergherren rennen gegen den 8-Stundentag an, die Koalitionsregierung diktiert den 10-Stundentag, und das „Volksblatt", das Organ der Behrens und Hesse, verteidigt die Handlungen der Koalitionsminister. Jedem Bergarbeiter muß es klar werden, daß nur der „Klassenkampf" seine Interessen verteidigt.

Vom Tage

Devisen-Razzia

Ach, wie macht das Spazzia,
Eine große Razzia!
Minna, zieh' die Strümpfe aus,
Bitte, fix! Die Dollars raus!
Was? Du Luder, schwindle nicht!
Hast doch gestern Lohn gekriegt!
Kellner, kommen Sie mal her,
Machen Sie die Taschen leer!
Jawohl! Ich bin der Kommissar,
Den Herr Hilferding gebar!
Ach, mir macht das Spazzia,
Eine große Razzia,
Schiebercafés, Nepplokale,
Fang ich mir die kleinen Aale!
Ist auch das Ergebnis mies,
Dafür schmunzelt Hugo süß:
Richtig! Geh'n Sie in die Schänke,
Nur nicht an Devisenschränke!
Stinnes zwinkert mit die Oogen,
Wrap ist das mal aufgezogen!
Beifall klatscht die Räuberbande:
Danke! Danke! Sind im Bilde!

Havelok.

Feurio

Feurio ist mild und ohne Schärfe,
schont daher die Wäsche.
Feurio enthält 80% Fett,
ist daher sparsam im Gebrauch.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230921-13/fragment/page=0003

23. BIS 30. SPT.

WERBE-WOCHE FÜR DEN KLASSEN-KAMPF

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 23.-30. Sept. 15 Mill. M., durch die Post 1000000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 500 000 M. für den Millim. Höhe u. Spalte, 2 500 000 M. f. Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 43, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 2½ Mill. Mk. | Sonnabend, den 22. September 1923 | 3. Jahrgang Nr. 222

Das Ziel unserer Werbewoche!

Alle Gegner der Kommunistischen Partei und ihre Presse wissen, daß sich in den letzten Wochen die Zahl unserer Parteimitglieder in vielen Ortsgruppen fast verdoppelt hat und daß trotz der rapiden Verelendung der schaffenden Bevölkerungsschichten, trotz Massenmaßregelungen als Rache für den Generalstreik, trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, **die Leserzahl der KPD.-Presse** nicht abnahm, sondern **dauernd gestiegen ist.** Mit Schrecken müssen dabei alle offenen und versteckten Feinde der Arbeiterklasse mitsamt ihren sozialdemokratischen Helfershelfern die Wahrnehmung machen, daß auch die kleinbürgerlichen Schichten aller verlogenen Hetze gegen die Kommunisten zum Trotz in steigendem Maße ihre Sympathien den Kommunisten zuwenden, ja, daß die im Elend versinkenden Mittelschichten zum großen Teil ihre Hoffnung auf Rettung vor dem gänzlichen Untergang einzig und allein nur noch auf die Kommunistische Partei und die 3. Internationale setzen.

Die Regierung Stresemann-Hilferding-Sollmann als Exekutivorgan der schwerindustriellen Ausbeuterherrschaft mitsamt den Bonzen der VSPD. und der Gewerkschaftsbureaukratie als freiwillige Lakaien des Großkapitals arbeiten für die Kommunistische Partei, bereiten den Weg, auf dem wir jeden Tag weiter vorwärts schreiten. Die große VSPD. ist heute schon innerlich gespalten; die noch in ihr organisierten werktätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten stehen im schärfsten Widerspruch zu den bankrotten Führern, denen sie das Vertrauen entziehen. Daran läßt sich durch noch so dicke Lügen und noch so dumme Verleumdungen der Kommunisten nichts mehr ändern. Es wäre auch zum Verzweifeln, wenn es nicht so wäre, wenn alle Arbeiter und Führer innerhalb der VSPD. sich um die Lorbeeren derer streiten wollten, die die Judasrolle am Sozialismus spielen. So werden die verräterischen Führer isoliert von denen, die es vor ihrem Gewissen nicht länger mehr verantworten können, im Interesse der geschworenen Feinde der Arbeiterklasse gegen ihre eigenen Klassengenossen zu kämpfen, sie im Dienste der Profithyänen ausbeuten, entrechten und knebeln zu helfen. So ist der Zerfall der VSPD. eine historische Selbstverständlichkeit, der seinen Gang geht, weil die Sozialdemokratie schon längst aufgehört hat, eine Arbeiterpartei zu sein.

Von der KPD. werden die verräterischen Führer der VSPD. jenem Lager des Bürgertums zugerechnet, dem August Bebel Zeit seines Lebens Todfeindschaft geschworen hatte. Die Kommunisten kennen aus Vergangenheit und Gegenwart die Taktik und Methode, mit der die Feinde des revolutionären Proletariats, die Noske-Hörsing-Sollmann, die Arbeiterklasse in ihren Befreiungskämpfen niederhalten, aber nie bezwingen konnten. **Die Zukunft gehört dem Kommunismus, trotz aller Schikanen und Brutalität. Das im Kampfe mit seinen Schindern ringende Proletariat wird bald Gleiches mit Gleichem vergelten, bis der Sieg über alle Feinde der Arbeiterklasse gesichert ist.**

Wenn wir diese Tatsachen den VSPD.-Verrätern ins Stammbuch schreiben, so halten wir den Blick zugleich auf unsere Gegner im Lager der bürgerlichen Reaktion gerichtet. In den vergangenen Wochen haben besonders die Enthüllungen des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner über die bestehenden Verbindungen zwischen der Reichswehr und ihrem Minister Gehler mit den faszistischen Organisationen gezeigt, wie groß die Gefahr der Faszistendiktatur nicht nur für die Arbeiterklasse allein, sondern auch für alle Kleinbürger, Angestellten und Beamten ist. Es ist unleugbar, daß die Führer der Reichswehr und die Inhaber der höheren Beamtenposten im Staatsapparat zum größten Teil Gegner der republikanischen Staatsform sind und offen bekennen, sie zu stürzen, wenn sie den Zeitpunkt dafür gekommen erachten. Wenn die Konterrevolution den Zeitpunkt ihres Losschlagens immer wieder verschieben mußte, so nur deshalb, weil die Kommunisten stets auf dem Posten waren, die Arbeiterklasse auf die drohende Gefahr hinwiesen und ständig daran arbeiteten, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen und zu mobilisieren. Trotz aller Sabotage der reformistischen Führer der VSPD. und des ADGB. ist es der KPD. bisher immer gelungen, die Giftpfeile der Reaktion auf die Schützen zurückschnellen zu lassen und die Front des Proletariats immer einheitlicher und geschlossener zu organisieren.

So ist es bisher gelungen, zu verhindern, daß die Offensive des Kapitals dazu führte, den Zusammenbruch der innerlich verfaulten und korrumpierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung dadurch aufzuhalten, daß das Proletariat restlos in Fesseln geschlagen und völlig wehrlos gemacht wurde. Heute ist der katastrophale Zusammenbruch der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft in der deutschen Republik jedem Werktätigen, auch denen der bürgerlichen Mittelschichten, offenbar. Es ist der Zeitpunkt nahe herangerückt, wo die zur klaren Erkenntnis der Dinge gebrachten Massen des notleidenden Proletariats vor die Entscheidung gestellt sind, **kurz entschlossen zu kämpfen und zu siegen, um zu leben, oder aber sich unter das Joch einer Handvoll diktaturlüsterner kapitalistischer Blutsauger zu beugen.** Die Entscheidung kann den werktätigen Massen nicht mehr schwer fallen: **ehe sie sich unter die Schinderdiktatur der Ausbeuter beugen, werden sie lieber kämpfen, um ihre eigene Diktatur über die Ausbeuter zu errichten,** denn in diesem Entscheidungskampfe hat das Proletariat nichts mehr zu verlieren als die Ketten, die es heute noch in Hunger und Elend fesseln.

*

In der Entwicklung der Verhältnisse seit 1918 ist eines erfreulich: Das Interesse am wirtschaftlichen und politischen Geschehen ist in allen Teilen der Bevölkerung ungeheuer gewachsen. Die revolutionäre Presse erobert sich die Note, die ihr zusteht, während man die Hohlheit der bürgerlichen Kitschblätter immer mehr erkennt. Die Presse verkörpert einen Machtfaktor, von dessen Bedeutung und Stärke sich nur die allerwenigsten Leser eine Vorstellung machen können. Die Presse ist der Träger, Erhalter und Verkünder jeder bestehenden Staatsautorität. Je schwächer die Machtposition des kapitalistischen Staates wird, desto mehr muß sich die bürgerlich-kapitalistische Presse in den Dienst der „starken" Regierung stellen, um durch Lüge und Heuchelei zu retten zu versuchen, was noch zu retten möglich erscheint. Es gibt keinen Ausdruck dafür, die Verkommenheit der bürgerlichen und leider auch des größten Teils der VSPD.-Presse, die sich als Regierungspresse der Großen Koalition fühlt, gebührend zu kennzeichnen.

Die Werbewoche für den „Klassenkampf" soll dazu dienen, um denen die Augen zu öffnen, die heute noch in ihrer Behausung ein giftiges bürgerliches oder sozialdemokratisches Preßreptil nähren. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten muß in einer intensiven Werbe- und Aufklärungsarbeit klargemacht werden, für wen, wie und von wem die bürgerliche Presse geschrieben wird. Der Arbeiter und die Kleinbürger müssen erkennen, daß die Funktion der bürgerlichen Presse darin besteht, **die Massen in Unwissenheit zu erhalten und eine öffentliche Meinung zu fabrizieren, die den Interessen kapitalistischer Machthaber dienstbar ist.** Diese Funktion verrichtet die bürgerliche und die sich heute als Regierungspresse fühlende sozialdemokratische Presse aber in einer Weise, die den psychologischen Bedürfnissen der Lesermassen Rechnung trägt, sie betreibt die systematische Förderung der Unwissenheit unter der Form der Mitteilung einer Fülle von Kenntnissen. Das Ziel ist: **die Struktur des Bewußtseins des Lesers so zu gestalten, daß er für immer unfähig wird, Wahres vom Falschen zu unterscheiden.** Ist dieser Zweck erreicht, dann kann dem Gehirn des politisch ungeschulten Lesers alles aufgetischt werden. Die sogenannte „staatserhaltende" Presse ist also darauf eingestellt, das Bewußtsein des Lesers im Zustand der fortwährenden Unsicherheit und Verwirrung zu erhalten.

Greifen wir einen der letzten Fälle heraus: „Radeks Geheimbericht über die KPD. an Tschitscherin". Trotzdem es ganz offenbar war, daß es sich um das Machwerk eines Spitzels handelte, schleuderte der Ableger vom „Vorwärts", das Schundblatt der hallischen Sozialdemokraten, wie die „Hallischen Nachrichten", die „Allgemeine Zeitung" und die „Hallesche Zeitung" diese Lüge in die Welt. Das sozialdemokratische „Volksblättchen" deshalb, um den VSPD.-Arbeitern und seinen sonstigen paar Dutzend Lesern, die den F. O. H. Schulz, Kasparek und Konsorten den Rücken zugewandt haben, den Eintritt in die KPD. zu vergraulen. Dagegen reiht die bürgerliche Presse diese Lügenmeldungen den übrigen ein, die sie täglich über Sowjet-Rußland und über die KPD. bringen muß, um vor dem bolschewistischen Beispiel zu warnen.

Was sollen wir den Klassenbrüdern, die wir als Leser der kommunistischen Presse werben wollen, sagen? Vor allem, daß der „Klassenkampf" ein Organ des revolutionären Klassenkampfes ist. Während die kapitalistische Presse gezwungen ist, die Absichten der kapitalistischen Reaktion indirekt auf Schleichwegen zu verfolgen, zeigt der „Klassenkampf" den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen den ausgebeuteten, entrechteten und geschundenen Massen des schaffenden Volkes und seinen Ausbeutern, den Machthabern im kapitalistischen Staate, offen auf. Der Zweck, den der „Klassenkampf" verfolgt, ist in erster Linie, **die schaffenden Massen zum Klassenbewußtsein zu erwecken.** Unsere Gegner dagegen wollen **die Unwissenheit aufrechterhalten und durch Verkleisterung und Verschleierung des Interessengegensatzes steigern.** Im schärfsten Gegensatz dazu betrachtet es die kommunistische Presse als ihre vornehmste Aufgabe, stets nur die historische Trägerin der Wahrheit zu sein. Sie allein ist es deshalb, die die egoistischen und ausbeuterischen Absichten der sich immer noch krampfhaft an der Macht im Staate haltenden Bourgeoisie rücksichtslos entlarvt. Je mehr wir die Lügenhaftigkeit des Nachrichtendienstes, dessen sich die Bourgeoisie bedient, beweisen, desto eher und sicherer befreien wir den Leser von dem die öffentliche Meinung vergiftenden Einfluß der kapitalistischen Presse.

Genossen! Der „Klassenkampf" bringt täglich eine Fülle Material, womit Ihr Euren Arbeitskollegen und Nachbarn zum Nachdenken Veranlassung geben könnt. Diskutiert mit ihnen sachlich und ernsthaft bei jeder Gelegenheit, fordert sie auf, mit Euch in den Reihen der KPD. zu kämpfen und Leser unserer Zeitung zu werden.

Die Parole erklingt von neuem:

Jeder Parteigenosse muß ein Mitglied und einen „Klassenkampf"-Leser während der Werbewoche bringen!

Das ist nicht zu viel, es ist das mindeste, was jeder leisten muß. Wenn jeder einzelne von uns im Sinne unserer Ausführungen arbeitet, dann wird das Resultat der Werbewoche nicht nur beweisen, daß, wie der Renegat Paul Levi sagte, die KPD. „eine der VSPD. ebenbürtige Partei" ist, sondern **daß die Kommunistische Partei fähig ist und die Macht hat, gestützt auf die Solidarität der Bruderparteien in der Kommunistischen Internationale, den großen Umschwung herbeizuführen, durch den allen den Millionen, die heute hungern und verzweifeln, Brot und ein besseres höheres Leben zuteil wird.**

Das ist das Ziel unserer Werbewoche.

Parole: Jeder Genosse muß ein Mitglied und einen „Klassenkampf"-Leser werben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230921-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 21. September 1923.

An unsere Leser!

Aus Berlin erhalten wir die unglaubliche Nachricht, daß das Reichswirtschaftsministerium den Papierfabrikanten einen Papierpreis zugestanden, der alle denkbaren Erwartungen weit übertroffen hat. Demnach kosten mit Beginn Oktober

100 Kilo Zeitungspapier 40 Goldmark!

Nach dem heutigen Dollarstande gleich 2 Milliarden Mark.

Wenn sich diese Nachricht bestätigt, so sind die Folgen für die Presse in aller Kürze unabsehbar, dann war die bisherige Lage des Zeitungsgewerbes, die wir eine katastrophale nennen mußten, noch eine geradezu glänzende. Daß die „starken Männer“ der Regierung Stresemann-Hilferding gegenüber den Schiebern von Papierfabrikanten genau so loyal verfahren wie ihre Vorgänger, wird die Zeitungsverleger, die noch ein bißchen Vertrauen in die Regierung der Großen Koalition setzten, zwar stark verschnupfen, aber die Augen werden ihnen trotzdem nicht au[fge]hen.

Die Arbeiterpresse aber wird den aufgezwungenen Kampf um ihre Existenz weiterführen, sie wird ihn als ein Glied in der Kette ihrer Kämpfe betrachten, die sie siegreich bestehen muß, wenn sie die Aufgabe, Führerin des hungernden und um seine nackte Existenz ringenden Proletariats zu sein, erfüllen will. Wir haben den unbeugsamen Willen, unter allen Umständen die Aufgabe zu erfüllen, die uns das mitteldeutsche Proletariat bei der Gründung unseres Unternehmens gestellt hat. Deshalb rüsten wir zur

Werbewoche für den „Klassenkampf“

und suchen unablässig neue Wege, ihn nicht nur zu erhalten, sondern ihn zu festigen. Hierzu bedarf es der Anstrengung der Kräfte aller Parteigenossen und jedes einzelnen Lesers.

Um die ungeschmälerte Herausgabe des „Klassenkampfes“ zu ermöglichen, sind wir gezwungen, für die

vierte Septemberwoche 15 Millionen Mark

(einschl. Trägerinnenlohn) zu erheben, die sofort kassiert werden. Gleichzeitig enthält unsere vierte Ratenquittung für September die Quittung für die

erste Oktoberrate von 25 Millionen Mark,

die wir unsere Leser bitten, soweit sie hierzu in der Lage sind, gleich mit der vierten Septemberrate zu bezahlen.

Wir wissen sehr wohl, daß diese Anforderungen sehr hoch gestellt sind, wissen aber auch, daß ein sehr großer Teil unserer Leser die Lage eines Zeitungsverlages kennt und somit weiß, daß unser Ersuchen von einer dringenden Notwendigkeit diktiert ist.

Nochmals: Wer mithelfen will, daß wir das nötige Druckpapier für den „Klassenkampf“ auf 14 Tage sofort einkaufen können, der zahle die vierte September- und erste Oktoberrate auf einmal in Höhe von 40 Millionen Mark, einschl. Trägerinnenlohn.

Die Wochenzeitung „Das Wort“ kostet für den ganzen Monat Oktober 10 Millionen Mark. Es wird über den Abonnementspreis diesmal eine besondere Quittung verabfolgt. Wenn noch eine Bitte ausgesprochen werden darf, so diese, legt das Geld möglichst in großen Scheinen bereit, damit sich die Kassierung wie Abrechnung schnell abwickelt. Unsere Trägerinnen sind angewiesen, sofort zu kassieren.

Verlag Klassenkampf, Halle a. S.

An alle Ortsgruppen der KPD.

Werte Genossen!

Nachdem ein Teil der Ortsgruppen es noch immer nicht für nötig gehalten hat, trotz Mahnung in der Presse, die organisatorischen Fragebogen für den Monat August bis 20. September bei der Bezirksleitung einzusenden, müssen wir diese Ortsgruppen öffentlich in der Presse bekanntgeben. Die Ortsgruppen müssen endlich diese Saumseligkeit aufgeben und die Fragebogen stets pünktlich bei uns einreichen, da wir diese dringend zur Berichterstattung an die Zentrale benötigen. Wir ersuchen die Mitglieder der einzelnen Ortsgruppen, ihren Vorsitzenden darauf aufmerksam zu machen, daß er sein Versäumnis unbedingt sofort nachholt.

Nachstehende Ortsgruppen haben den Fragebogen nicht eingeschickt:

Kreis Bitterfeld: Bitterfeld, Düben, Friedersdorf, Golpa, Gröbers, Holzweißig, Niemegk, Pouch, Schwemsal, Talheim, Zschornewitz, Zöberitz.

Kreis Delitzsch: Groß-Crostitz, Landsberg, Queis, Zwochau.

Saalkreis: Brachwitz, Bruckdorf, Canena, Döllnitz, Friedrichschwerz, Gutenberg, Lebendorf, Merkewitz, Nietleben, Nauendorf, Reideburg-Büschdorf, Schiepzig, Spickendorf, Trebitz, Wettin, Zwintschöna.

Wir erwarten nunmehr, daß diese Fragebogen umgehend bei der Bezirksleitung eingehen und wir nicht nötig haben, diese Ortsgruppen im nächsten Monat abermals zu mahnen. Die Ortsgruppen müssen sich daran gewöhnen, diese Fragebogen stets pünktlich einzuschicken.

Mit kommunistischem Gruß

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Polizei und Werbewoche

Die Angst vor der Ausbreitung des „Klassenkampf“

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Runge sendet der Redaktion des „Klassenkampf“ folgendes Schreiben:

„In der Beilage der Nr. 217 des „Klassenkampf“ vom 17. September d. J. befindet sich ein Aufruf, wonach der „Klassenkampf“ an den verkehrsreichsten Straßen, an allen Plätzen und Toreinfahrten angeklebt werden soll.

Ich weise darauf hin, daß zum Ankleben von Druckschriften die in der Stadt vorhandenen Anschlagsäulen dienen und daß ich gegen das geplante, gesetzwidrige Ankleben des „Klassenkampf“ die mir unterstellten Organe angewiesen habe, nachdrücklichst vorzugehen. gez. Runge.“

Herr Runge wird mit diesen polizeilichen Drohungen und Schikanen, die er im Auftrage der angstschlotternden Bourgeoisie unternehmen muß, die Ausbreitung der kommunistischen Presse und das rapide Anwachsen der kommunistischen Bewegung nicht im geringsten stören, ebenso wenig wie die Polizeiminister Sollmann-Severing die proletarische Revolution durch terroristische Unterdrückungsmaßnahmen aufhalten können. Die Entwicklung geht ihren Gang, und wird über die Leute hinweggehen, die sich heute noch schützend vor den verwesenden Leichnam der Bourgeoisie stellen. Wir werden alles tun, um den Verwesungsprozeß zu beschleunigen — trotz aller polizeilichen Maßnahmen. Genossen, verdoppelt Eure Anstrengungen!

Zum Preisausschreiben für die Werbewoche

Wir geben heute die Preise für die besten Einsendungen bekannt:

1. Preis. Franz Mehring: Karl Marx.
2. „ Price: Die russische Revolution.
3. „ Panin: Das zaristische Rußland.
4. „ Liebknecht: Reden und Aufsätze.
5. „ Bucharin: Das ABC des Kommunismus.
6. „ Arbeiterwandkalender für das Jahr 1924.
7. „ Karl Marx: Das Kapital (Borchert).
8. „ John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Karl Marx: Lohn, Preis, Profit.
9. „ Dostejewski: Novellen. Marx-Engels: Das Kommunistische Manifest.
10. „ Aquila: Der Faszismus in Italien.

Angestelltentarif

Der AfA.-Bund teilt uns mit: Den Angestellten der Industrie, des Handels und des Verkehrs ist am Sonnabend, dem 22. September, das 60fache Augustgrundgehalt, den Buchhandelsangestellten Freitag, dem 21. September, mitags, das 50,3fache Augustgrundgehalt ohne jegliche Abzüge zu zahlen. Das Augustgrundgehalt setzt sich aus dem Juligehalt plus 140 Prozent zusammen.

Mitteilung des Unterstützungskomitees

Die Ortskomitees des Saalkreises müssen Sonnabend, den 22. September, vormittags von 9 bis 12 Uhr die Unterstützung abheben. Nachzahlungen finden nicht statt. Ausweis ist notwendig.

Am Freitag, dem 21. September, abends 8 Uhr, im „Volkspark“

Große öffentl. Versammlung

Genosse Sachse, Halle, spricht über:

„Die Produktionssabotage der Unternehmer und die Abwehr der Arbeiterschaft“

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Erwerbslose!

Sorgt für Massenbesuch!

KPD., Ortsgruppe Halle

Der teutsche Herold Reinhold Wulle in Halle

Gestern abend sprach im Thaliasaal Reinhold Wulle über „Kapitalistische Skandalherrschaft oder deutsche Volksgemeinschaft“. Die Mehrheit der Besucher waren Stahlhelmer und Werwölfe. Auch die Kommunisten, die mit Herrn Wulle die Klinge politisch kreuzen wollten, waren stark vertreten. Herr Wulle, der „große“ Führer und Redner der Völkischen, der die Kommunisten als ehrliche und konsequente Marxisten achtet, ist ein gerissener Demagoge und kennt die Schwächen seiner Leute. Und diese Schwäche nutzte er auch aus, nicht einmal geschickt; denn das wütendste Beifallsgetrampel setzte nach jedem Wort „Juden“ ein. Und je öfter er das Wort „Juden“ gebrauchte, um so toller klatschten und trampelten die im Saal gut verteilten jugendlichen Anhänger. Seine „Witze“, im schnarrenden Leutnantston, wirkten geradezu grotesk und waren ohne Geist und Satyre. Trotzdem wurde geklatscht und getrampelt. Wulle scheute selbst vor den „jüdischen Manieren“, der bewußten Lüge, nicht zurück, wenn er nur seinen Zweck damit erreichte. Die Völkischen war so „hingerissen“ und erregt, daß sie, als in der Diskussion ein Redner für Wulle sprach, abwechselnd Beifall klatschten und dann den Redner wieder niederschrien. Es war natürlich für den kommunistischen Redner nicht nur sehr schwer, überhaupt zu reden, sondern auch direkt eine Gefahr, sich mit diesen erregten und fanatischen Leuten auseinanderzusetzen. Trotzdem sagte Genosse Sachse das, was zu den Ausführungen Wulles zu sagen war, scharf und klar, so daß die Wucht der einfachen Tatsachen die Völkischen teilweise zur Ruhe und zur Zustimmung zwang. Ein Wort Sachses aber genügte, um die Völkischen wieder rasend zu machen: Ludendorff! — „Du Lump, Du kommst nicht lebend aus dem Saal.“ Die Kommunisten aber sorgten dafür, daß ihm nichts geschah. Wulle machte dann in seinem Schlußwort den Völkischen wörtlich den Vorwurf, **daß sie diesen „Lumpen“ und „Rotzjungen“ nicht in Stücke gerissen haben.** Er durfte diese Aufforderung machen, trotz des starken polizeilichen Aufgebots, — das diese Mordhetze und auch die Beschimpfungen der „gesetzlich geschützten Judenregierung“ sich ruhig anhörte.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Achtung, städtische Arbeiter! Am Sonntag, dem 23. September, vormittags 9 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, eine öffentliche Versammlung für alle in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter statt. Das Erscheinen aller dienstfreien Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht.

Union der Hand- und Kopfarbeiter.

* **Distriktsleiter sowie Betriebszellenobleute haben am Sonntag, dem 23. September, an dem Organisationskursus, der vormittags 9 Uhr im „Volkspark“ beginnt, teilzunehmen.**

* **Zentralverband der Invaliden, Unfallrentner, Witwen und Waisen, Ortsgruppe Halle.** Unsere Mitgliederversammlung findet am Sonntag, dem 23. September, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark“ statt. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen eines jeden Mitgliedes notwendig. Die Vorstandsmitglieder müssen eine Stunde früher erscheinen.

* **Opfer des Preiswahnsinns.** Gestern nachmittag sammelte sich in der Leipziger Straße vor einem Schuhwarengeschäft eine größere Menschenmenge, welche den Laden förmlich stürmte. Der Grund war, daß der Inhaber des Ladens, ein alter Mann, der der heutigen Geldentwertung nicht mehr folgen konnte und seine Waren anstatt für Millionen für Tausende verschleuderte. Der Laden wurde polizeilich geschlossen und das angesammelte Publikum zerstreut. Die Angelegenheit wurde dem Armenpfleger übertragen.

* **Baumwollspinnerei Meyer Kauffmann.** Zu unserer Notiz in Nr. 215 wird uns von dem Betriebsratsobmann mitgeteilt, daß der Arbeiter nicht auf Grund einer Denunziation entlassen worden ist, sondern durch Unvorsichtigkeit das Leben seiner Arbeitskollegen stark gefährdet hat. Ueberstunden werden nur bei Arbeiten gemacht, die während der Arbeitszeit nicht durchgeführt werden können.

Beachtet die neuen Portosätze!

Ein Brief 250 000 Mark.

Eine Postkarte 100 000 Mark.

Theater und Konzerte

Stadttheater Halle

Alles um Liebe

„Ecce Homo“. Seht diese Menschen, sie tuen alles um Liebe. Aus Liebe zu seinen Söhnen hinterläßt der alte Graf ein Testament mit einer Klausel — und zwingt so Lucian, ein illegales Kind anzunehmen. Aus Liebe trauert Adrian seiner verstorbenen Frau nach — um in der Wollust seines Schmerzes Leonore zu seiner Buhlin zu machen und dann Delphine zu sich zu ziehen. Aus Liebe spielt Emanuel von Treuchtingen den Testamentsvollstrecker — und quält die verwöhnten Grafensöhne durch alle Phasen. Aus Liebe ist der Küster Kunz Seelenhirt im Grafenhause — und mimt nur das seiner Tradition Willen. Aus Liebe ist der Förster Jobst Hausmeister — um der Gräfin Leonore lüstern nachzusteigen und als Rowdy gegen die Grafenfamilie aufzutreten.

Soweit ganz schön. Eine Komödie mit scharfer Satyre gegen die Bürger. Negiert wird alles Traditionelle, in den Dreck gezogen jedes Menschengefühl. Eulenberg zieht gegen den Aesthetizismus ins Feld und sieht so viel, daß er den Aestheten als größten Egoisten bezeichnet. Dabei aber ist Eulenberg selbst ein Bürger, Opportunismus allein stehlt ihn gegen die Bourgeoisie und nun kommt er nicht weiter, als nur zu negieren. Der Effekt des Stückes ist doch der, daß der Grafensohn sein Testament erfüllt, und daß Adria die Delphine heiratet und alles sich in Liebe und Wohlgefallen auflöst. Und dabei ist der Eulenberg noch dumm, gegen jeden Fortschritt passiv eingestellt, die Umstellung in der Gesellschaftsentwicklung sieht er nicht. Nein, die Groteske der ganzen Sache zeigt seinen Höhepunkt in der Verulkung der Arbeiter. Alle wirklich großen Gedanken werden mit Dreck beworfen, die gemeinsten Eigenschaften werden den Proleten zugeschoben, und nichts ist zu sehen von dem Kampf um eine menschenwürdige Existenz und um die Befreiung aus Tier- und Sklaventum. Eulenberg ist in der letzten Generation vielleicht ein Dichter gewesen. Doch hier hat ihn die Bourgeoisie so scharf zu sich gezogen, daß heute sein Licht ausgeleuchtet hat.

Die Rollenbesetzung dieses Stückes war gut und die Schauspieler haben alle Spannung des Könnens komödienhaft verwendet. Fritz Hensels Adrian war die Aesthetik in allen Feinheiten verkörpert. Lucians burschikoser Darstellung ist Kurt Weise gerecht geworden. Richard Helsing hat in seiner Rolle als Emanuel von Treuchtingen alle Raffinessen spielen lassen. Luise Sessing und Marianne Mietsch erfüllten ihre Frauenrollen fast ganz, wenn ihnen auch nicht immer das richtige Zusammenspielen mit den Schauspielern gelang.

Das ganze Stück wird heute aufgeführt, wo an der bürgerlichen Gesellschaft die Kritik gar nicht mehr nötig ist, wo das „goldene Zeitalter“ irgendwo in weiter Entfernung liegt, wo also an der bürgerlichen Welt die Negation schon längst geschehen ist. Man sollte einmal sehen, wenn eine proletarische Hundertschaft aufmarschiert! Da ist alle Komödie Eulenbergs eine Lächerlichkeit in sich selbst. Es ist nur schade, daß unsere glänzenden Schauspieler vier Stunden lang eine Komödie mimen müssen und hierzu ihre besten Kräfte ausgeben. Hier gibt es Wedekind, Strindberg oder Kaiser, und diese würden den Schauspielern eine Freude und dem Zeitalter eine Befriedigung bringen. Arg bedauerlich ist es, daß die „Freie Volksbühne“ mit diesem traditionellen Dreck sich belustigen will. gl.

Großkugel. Die Faszisten der Umgegend gaben sich am Sonntag wieder einmal ein Stelldichein. Sie rückten natürlich überall geschlossen an, trotzdem Umzüge verboten sind. Mit Musik und Fahnen zogen sie durch das Dorf, wo dann am Bahnhof große Parade stattfand. Militärische Kommandos erschallten und dann ging's nach dem Festplatze. Unterwegs sollte, wo sich der „innere Feind“ zeigt, dieser rücksichtslos niedergeschlagen werden, so lautete die Parole. Auf dem Festplatze wurden dann antirepublikanische Reden gehalten und nationalistische Lieder gesungen. Die polizeilichen Organe ließen die republikfeindlichen Elemente natürlich ruhig gewähren.

Zscherben. Die Duldsamkeit der Kirche. Am Sonntag fand hier eine Kindtaufe statt. Der Pfaffe verbot einer Frau überhaupt den Zutritt zur Kirche, da sie nicht kirchlich getraut sei. Eine andere Frau durfte zwar in die Kirche, mußte sich aber auf einen vom Pfaffen zugewiesenen Platz niedersetzen, da ihr Mann aus der Kirche schon lange ausgeschieden sei. Mit solcher Methoden werden die „Prediger von Gottes Wort“ dafür sorgen daß noch mehr der Kirche den Rücken kehren.

Aus der Provinz

„Hilfe“ für den Bau von Kleinwohnungen

Auf Grund des Gesetzes über die Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung sind laut Amtlichen Preußischen Pressedienst der Preußischen Landespfandbriefanstalt in Berlin Mittel zur Gewährung von einem Zwischenkredit bei der Herstellung von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt worden. Der Zwischenkredit wird zur Schaffung von Kleinwohnungen in Kleinhäusern jeder Art und in Mittelhäusern, insbesondere solchen, die auf gemeinnütziger Grundlage errichtet werden, gewährt. Der Zwischenkredit soll in der Regel zum Ausbau von Häusern dienen, ausnahmsweise kann er auch zum Ankauf von Baufläche sowie zur Abstoßung von Hypotheken und anderen Lasten auf diese gewährt werden.

Es gibt Pulver

Der Landtagsausschuß für das Finanzausgleichsgesetz nahm gestern einen Antrag auf Heraufsetzung der Dotationen an die Provinzen und Kreise von 10 Prozent der Stammanteile auf 15 Prozent an.

Provinz-Chronik

Zipsendorf. Auf Grube Heureka kam der 20jährige Arbeiter Traxdorf zu Tode. — **Frohse.** Der Welslebener Einwohner Ernst Müller überraschte seine Frau bei einem Stelldichein mit ihrem Liebsten, dem Handelsmann Buchwald von hier. Ohne ein Wort des Streites erschoß er ihn und stellte sich der Polizei. — **Zerbst.** Ehrlichkeit. Ein Schalterbeamter hatte dieser Tage irrtümlich am Schalter 100 Millionen zuviel ausgezahlt. Gestern brachte die Empfängerin diese Summe wieder. **Gommern.** Am Türriegel erhängte sich nachts der 22jährige Schlosser Karl Pietek, ein mit vielen Kriegsauszeichnungen aus dem Felde heimgekehrter Mann, aus unbekanntem Grunde.

Arbeiter-Sport

HFC. Teutonia 08. Das Spiel Teutonia gegen Zörbig 1. fällt Sonntag, den 23. September, aus. Dafür wird das Erscheinen aller Sportsgenossen am Sonnabendabend 8 Uhr im Vereinslokal zur Pflicht gemacht.

Lettin. Am Sonntag standen sich auf den Brandbergen VfB. Lettin 1. und Viktoria 1. gegenüber. Beide Mannschaften konnten sich am Anfang des Spieles nicht richtig zurechtfinden. Aus einem Gedrängele vor Viktoria-Tor konnte der Halbrechte von Lettin den ersten Treffer für seine Farben buchen. Nach Anstoß fanden sich beide Mannschaften besser zusammen. Von beiden Seiten wurde ein prachtvolles Spiel vorgeführt. Lettin war zeitweise stark überlegen und konnte noch dreimal erfolgreich einsenden. Nach einem schönen Durchbruch gelang es Viktoria, das Ehrentor zu erzielen. Mit 4 : 1 für Lettin endete der faire Kampf. Schiedsrichter Koch war dem Spiele ein aufmerksamer Leiter. VfB. 2. Mannschaft siegte gegen Viktoria 2. nach vollständig überlegenem Spiele mit 5 : 0. 3. Mannschaft siegte gegen Viktoria 3. ebenfalls mit 5 : 0. Schülermannschaft schlug überraschenderweise Viktoria 1. Jugend mit 3 : 1. Am Sonntag beginnen die Serienspiele. VfB. 1. und 2. kämpfen um die Punkte gegen VfB. Trotha 1. und 2. auf der Peißnitz. 1. Mannschaft um 4 Uhr in folgender Aufstellung: Haak, Förster, Geißler, Kersten, Ohme, Henze, Mockwitz 2, Schulze, Mockwitz 1, Lehnig, Leiter. 2. Mannschaft um ½3 Uhr wie folgt: Schramm, Holland, Balzereck, Frenzel, Lüttich, Förster, Klaus, Schulze, Lathan, Deperade, Köcke. Beide Mannschaften befinden sich in vorzüglicher Form und werden sich den Sieg kaum nehmen lassen. 3. Mannschaft spielt im Serienspiel gegen Fortuna 3. auf Fortuna-Platze um 1 Uhr. Schülermannschaft ist spielfrei.

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	21. 9. Geld	21. 9. Brief	20. 9. Geld	20. 9. Brief
Amsterdam	43 092 000	43 308 000	71 221 500	71 578 500
Brüssel	5 486 250	5 513 750	8 977 500	9 022 500
Italien	4 887 750	4 912 250	8 079 750	8 120 250
London (f. 1 Pfd. Sterl.)	498 750 000	504 250 000	822 937 500	827 062 500
Neuyork (für 1 Dollar)	109 725 000	110 275 000	181 545 000	182 455 000
Paris	6 463 800	6 496 200	10 773 000	10 827 000
Schweiz	19 351 500	19 448 500	32 119 500	33 280 500
Wien D. Oesterr. abgest	154 612	155 388	—	—

1 Goldmark am 20. September (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 26 190 476 Papiermark.

½2 Uhr: Dollar 110 275 000 Mk.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230921-13/fragment/page=0005

Befreites Land

Justizskandal

Seit dem 14. August dieses Jahres schmachtet unser Genosse, der Schmiedemeister Bruno Thomas, im Magdeburger Untersuchungsgefängnis. Was hat er verbrochen? Die Landarbeiter des Kreises Osterburg haben von ihm verlangt, daß er in einer Versammlung sprechen solle, wo der Gauleiter des DVB. und preußische Landtagsabgeordnete Brandenburg (Stendal) anwesend bleiben sollte. Die Landarbeiter wollten sich überzeugen, ob Thomas oder Brandenburg die Landarbeiter betrügt. Der starke Brandenburg, der auf der braunschweigischen Gaukonferenz erklärte: Solche Kerle wie Thomas täte er zu jedem Frühstück einen fressen, kam mit Revolver bewaffnet nach dieser Osterburger Versammlung. Der menschenfressende preußische Landtagsabgeordnete brachte aber noch nicht einmal den Mut auf, Auge in Auge mit Thomas zu diskutieren. Th. sollte aus der Versammlung sich entfernen, und als dieser auf das Verlangen der Landarbeiter, seiner Kollegen, dies nicht tat, wollte der Menschenfresser verschwinden. Die DVB.-Mitglieder ließen dies nicht zu. Hierauf zog Brandenburg den Revolver, worauf er entwaffnet wurde. Ob er dabei die wohlverdiente Lektion bekommen hat, entzieht sich unserer Kenntis, und bedauern wir es, wenn es nicht der Fall war.

Auf Anzeige dieses Revolverhelden Brandenburg soll sich nun Thomas des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Angenommen, dies wäre der Fall, so fragen wir: Wo und wann ist schon ein Mensch wegen Hausfriedensbruchs sechs Wochen in Haft behalten worden? Das ist nur möglich in der freien Ebertrepublik. Th. ist ansässig in Kalbe, hat Familie mit Grundbesitz. Fluchtverdacht liegt also nicht vor. Warum also wird er in Haft behalten? Sollte es ein Liebesdienst für den menschenfressenden Revolverhelden Brandenburg sein, oder ein Liebesdienst für die mittelbeutschen Junker?

Also: Heraus mit Thomas oder wir werden deutlicher!

Beendigung der Generalversammlung des DVB.

Wie uns berichtet wird, wurde die Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes aufs schnellste erledigt und schon nach 1½tägiger Tagung am Dienstag, dem 18. September, nachmittags ½3 Uhr, geschlossen.

Die Anträge der Oppositition wurden sämtlich abgelehnt und das Statut mit einigen reaktionären Aenderungen festgelegt. Ferner wurde ein **Beschluß gefaßt, der den weiteren Ausbau der Arbeitsgemeinschaft vorsieht.**

Was wird die schon vorher aufs schärfste über die Arbeitsgemeinschaftspolitik empörte Landarbeiterschaft zu der Aussicht eines „weiteren Ausbaues" derselben sagen. Die Landarbeiterschaft hat nur allzu gut an ihrem eigenen Körper, in ihrem eigenen Elend die Früchte der Zusammenarbeit der DVB.-Bureaukratie und der Großbauern und Junker erfahren müssen und es wird schwerfallen, die aus dem DVB. weichenden Massen der arbeitenden Landarbeiter und Landarbeiterinnen durch diesen neuen Auftakt, durch die Gewißheit eines Weiterbestehens des alten Systems, in ihren Reihen zu halten. Die einst so machtvoll sich bildende Organisation wird durch diese Taktik bald ein Schemen dessen werden, was sie früher war!

Die Behandlung sämtlicher Anträge, sowie die gesamte Beratung der Verbandssatzungen beansprüchten nur den Zeitraum von drei Stunden. Man kann daraus ersehen, daß diese Frage mit Gewalt durchgepeitscht wurde, und zwar in einer Weise, daß die Landarbeiterdelegierten nicht einmal imstande waren, der Abstimmung zu folgen. Es zeigte sich mit aller Deutlichkeit die ganze Skrupellosigkeit der DVB.-Angestellten, die auf den Willen der großen breiten Mitgliedermassen pfeifen. Die Generalversammlung war nichts anderes, als eine elende Komödie, die nur zur Beruhigung der unzufriedenen Mitglieder einberufen wurde, deren Endergebnis aber alles andere als eine Beruhigung auf die ausgehungerten Massen sein wird.

Der Verlauf der Generalversammlung zeigte weiter, daß die Gewerkschaftsbureaukratie des DVB. nicht davor zurückschreckt, wenn es gilt, die Interessen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik zu verfolgen, eine ganze Gewerkschaft zu zerschlagen. Das neue Statut und die Beschlüsse der Generalversammlung beschleunigen den Zerfall des DVB.

Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft ist es, diesem Treiben ein Ende zu bereiten, wenn nicht der gesamten Arbeiterbewegung unermeßlicher Schaden zugefügt werden soll.

Kleinbauern für die Arbeiter- und Bauern-Regierung

In einer vom „Bund der schaffenden Landwirte" einberufenen, sehr gut besuchten Konferenz von Kleinbauern aus der Umgebung Gothas wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die heutige Konferenz der Kleinbauern und -pächter macht es sich zur Aufgabe, die von der herrschenden Klasse künstlich geschaffene Kluft zwischen sich und der städtischen Arbeiterschaft zu überbrücken, eine enge Verbindung zwischen beiden herzustellen.

Die Konferenz erblickt ihr höchstes Ziel in der Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung. Nur durch Beseitigung der kapitalistischen Machthaber und ihrer Vertrauensleute kann Deutschland vor dem absoluten Untergang und der Verschacherung an das kapitalistische Ausland gerettet werden.

Arbeiter- und Bauern-Regierung heißt: Arbeiter, Angestellte und kleine Bauern sollen über die gesamte Wirtschaft bestimmen. Sie bedeutet den Tod für die kapitalistische Ausbeutung, für das Wucher- und Spekulantentum!

Arbeiter- und Bauern-Regierung heißt: Sammlung aller schaffenden Kräfte zur Beseitigung der Not und des Elends, zum Wirtschaftsaufbau, zur Erhaltung und Verteidigung Deutschlands gegenüber den kapitalistischen Räubern Frankreichs und der gesamten Entente!

Arbeiter- und Bauern-Regierung bedeutet: engstes Kampf- und Notbündnis der deutschen Arbeiter, Angestellten und kleinen Bauern mit der siegreichen Arbeiter- und Bauernschaft Rußlands!

Zur Verbesserung der Ernährungslage macht die Konferenz die folgenden einstimmigen Vorschläge:

1. **Brachliegendes, unbebaut gebliebenes Land ist zu enteignen und den Kleinbauern, Pächtern und Siedlern zur Bewirtschaftung zu übergeben;**
2. **Staffelung der Steuern zu Lasten der Besitzenden, Steuerfreiheit des Existenzminimums;**
3. **Kündigung der langfristigen Pachtverträge und Umgestaltung der staatlichen Domänen zu staatlichen Musterwirtschaftsgütern und Landwirtschaftsschulen und Einrichtung von Fachbildungskursen;**
   Ausbildung und Anstellung von landwirtschaftlichen Wanderlehrern;
4. **Beschaffung von hochwertigem Saatgut, von Düngemitteln, Maschinen und Brennmaterial sowie Abgabe zu verbilligten Preisen an die Kleinbauern, Pächter und Siedler;**
5. **Herabsetzung der ins Ungemessene gesteigerten Pachtsummen durch gesetzliche Regelung;**
6. **Schaffung von Kontrollausschüssen, bestehend aus Kleinbauern, Pächtern und Arbeitern;**
7. **Feststellung der Ernteerträgnisse, energische Bekämpfung des Schleichhandels und Kontrolle der Produktion, Beschlagnahme der Getreide- und Kartoffelvorräte bei den Großagrariern;**
8. **Garantie des geregelten Geldverkehrs, Verbot des Zwanges zu Naturalzahlungen (auch für gepachtetes Land);**
9. **Bildung von Abwehrorganisationen gegen den Faszismus und aller mit ihm verwandten gegenrevolutionären (Jungdo- und Hakenkreuz-) Organisationen durch Anschluß an die proletarischen Hundertschaften.**

Fort mit der kapitalistischen Ausbeutung!
Fort mit Wucher- und Spekulantentum!
Nieder mit der Regierung Stresemann-Hilferding!
Es lebe die Einheitsfront aller Arbeitenden!
Es lebe die Arbeiter- und Bauern-Regierung in Thüringen und im Reiche!
Es lebe das Bündnis mit Sowjet-Rußland!"

Landarbeiter- und Kleinbauernkonferenzen im Bezirk Halle

Am vergangenen Sonntag fanden in Nebra, Sangerhausen, Landsberg und Falkenberg Tagungen der **Kleinbauern und Landarbeiter** statt. Diese waren einberufen von vier großen wirtschaftlichen Organisationen, und zwar dem Reichsbund für Siedlung und Pachtung, dem Bund der schaffenden Landwirte, dem Verband der Land- und Waldarbeiter und der Union der Hand- und Kopfarbeiter. Die Konferenzen, die notwendig geworden waren, um zu den brennendsten Fragen Stellung zu nehmen, und deren sind es gerade zurzeit recht viele, nahmen den erwarteten guten Verlauf. Die Kleinbauern und Landarbeiter haben erkannt, daß sie gemeinsam mit dem Industrieproletariat kämpfen müssen um ihre Existenz, die von der kapitalistischen Klasse stark bedroht ist. Nur die Einheitsfront der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land, nur eine Arbeiter- und Bauern-Regierung vermag die Arbeiterklasse vor dem Untergang zu retten. In diesem Sinne waren die Versammelten alle einig.

Wir lassen nachstehend die uns zugegangenen Berichte folgen:

Nebra

Die Tagung war von etwa 50 Kleinbauern und Landarbeitern besucht. Genosse Fröhlich-Berlin (M. d. R.) schilderte als erster Referent die wirtschaftliche und politische Lage unter Berücksichtigung der Kleinlandwirte und Landarbeiter. Als Vertreter des Bundes der schaffenden Landwirte sprach Bischoff-Holzhausen. Er behandelte den Landhunger der Kleinbauern, die Grundsteuer, Besitzsteuer, Ruhr- und Rheinabgabe, den Wucher des Zwischenhandels usw. Er wies darauf hin, daß kleine Landwirte ihr Anwesen verpfänden müssen und als Landarbeiter auf den größeren Gütern arbeiten müssen, um nicht unterzugehen. Er forderte auf, Kontrollausschüsse, Betriebsräte und Gutsräte zu bilden zur Erfassung der Lebensmittel.

Dann sprach Friedrich Treichel vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung. Er besprach die Anträge, welche seine Organisation der Regierung gestellt hat und betonte dabei, daß nur die Vertreter der Kommunistischen Partei restlos für die Anträge eingetreten seien.

Genosse Willy Braun-Magdeburg, als Vertreter des Wald- und Forstarbeiterverbandes, geißelte in scharfen Worten die Bureaukratie des DVB. und forderte die anwesenden Landarbeiter auf, sich dieser Bureaukratie energisch entgegenzustellen. Im weiteren behandelte er die Verhältnisse der russischen Landarbeiterschaft und deren Fortschritte und forderte auf zur Bildung einer Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauern-Regierung.

An der Diskussion beteiligten sich speziell Landarbeiter. Deren Ausführungen bewegten sich im Sinne der Referate. Sie forderten die Arbeiter- und Bauern-Regierung und das Bündnis mit Sowjet-Rußland.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

In einer Zeit tiefster Verelendung der gesamten schaffenden Bevölkerung in Stadt und Land haben die unterzeichneten Organisationen Landarbeiter- und Bauerntagungen einberufen, um gemeinsam zu beratschlagen, welche Wege zur Erreichung ihrer gemeinsamen Ziele einzuschlagen sind.

Die Tagung in Nebra a. d. Unstrut, welche am 18. September im Ratskeller stattfand, erkennt, daß alle Schaffenden des flachen Landes und der Stadt unter den gegenwärtigen katastrophalen Verhältnissen der tiefsten Verelendung anheimfallen. Sie erkennt, daß die herrschende großkapitalistische Klasse systematisch auf die Vernichtung der kleinen Existenzen auf dem Lande und in der Stadt, sowie auf die völlige Versklavung aller Schaffenden hinarbeiten mit der Absicht, die Vermögensubstanz der Kleinen zu eigener Bereicherung aufzusaugen und ihre Profite durch die restlose Ausbeutung der Schaffenden unermeßlich zu steigern.

Die Landarbeiter- und Bauerntagung in Nebra erkennt an, daß diese allen arbeitenden Schichten in Stadt und Land gemeinsam drohenden Gefahren nur in gemeinsamer Arbeit abgewehrt werden können, um in der Einheitsfront der Arbeiter und Bauern als Träger des Wirtschaftslebens und des wirtschaftlichen Aufstiegs der Schaffenden seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Die Konferenz wählt einen Ausschuß, bestehend aus Vertretern der unterzeichneten Organisation.

Die Tagung erhebt den Ruf: Arbeiter und Bauern, Werktätige in Stadt und Land, schließt die Reihen, wehrt Euch gegen Ausplünderung und Vernichtung Eurer Existenz!

Es lebe die Einheitsfront der Bauern und Arbeiter!

Reichsbund für Siedlung und Pachtung
Bund schaffender Landwirte.
Wald- und Landarbeiterverband.
Union der Hand- und Kopfarbeiter.

Es wurde weiter eine **dreigliedrige Kommission** gewählt, die im Sinne der Tagung und Resolution arbeiten soll. Dieser Kommission gehören an: 1. Kleinlandwirt Paul Beyreuther, Obhausen, Postbezirk Halle; 2. Kleinlandwirt Otto Kalbitz, Reinsdorf, Post Witzendorf; 3. Landarbeiter Paul Straeß, Pretitz, Post Bitzenburg.

Von den eingeladenen Parteien war nur die Kommunistische Partei durch Genossen Neubert vertreten, der die Tagung begrüßte und ihr den besten Erfolg wünschte.

Von Interesse ist noch, daß der kommissarische Bürgermeister von Nebra, Herr Ref. Stattmann, die Plakate mit einem weißen Streifen überkleben ließ, weil dort gesagt wird, daß die Stresemann-Hilferding-Regierung ihre Unfähigkeit bewiesen habe. Der Bürgermeister glaubte, mit dieser Tat den Staat gerettet zu haben.

Anschließend fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Fröhlich referierte. Das Thema lautete: Soll Deutschland untergehen? Er erledigte sich seiner Aufgabe ausgezeichnet und behandelte die politische und wirtschaftliche Lage in klarer, leicht verständlicher Weise. Die Versammlung war gut besucht.

*

Sangerhausen

Diese Konferenz war gleichstark besucht wie in Nebra. Ueber die politische und wirtschaftliche Lage sprach Landtagsabgeordneter Kilian-Halle. Er erntete für seine ausgezeichneten Ausführungen den Beifall der Teilnehmer. Kollege Hesselbarth (L.- u. B.-V.) sprach über „Landarbeiterschaft und Klassenkampf", und Genosse Rößner über die Einheitsfront zwischen Kleinbauern und Arbeitern. Sämtliche Referenten fanden den Beifall der Versammlung. Einer Resolution ähnlichen Inhalts, wie die in Nebra angenommene, wurde einmütig zugestimmt. In der Diskussion sprach Kleinbauer Lange über die Notlage der Kleinbauern und Landarbeiter.

*

Falkenberg

Die Landarbeiter- und Kleinbauernkonferenz am 16. September 1923 war von zirka 50 Kleinbauern und Landarbeitern besucht. Ein Vertreter vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung schilderte die Unzulänglichkeit der bestehenden Gesetze und Verordnungen. Diese wollen wohl dem Großgrundbesitzer sein überflüssiges Land nehmen, aber es zeigt sich, daß diese Verordnungen und Gesetze durchaus nicht geeignet sind, wirkliche Abhilfe zu schaffen.

Dann sprach ein Vertreter vom Bund der schaffenden Landwirte. Seine Ausführungen zeigten, daß der kleine Landwirt durch die jetzige Politik in vier bis fünf Monaten zugrunde gerichtet ist. Er ging auf die ganz verkehrte Einstellung des Landbundes ein. Der Vertreter des Landbundes, der zur Rede gestellt wurde, knickte einfach, weil er behauptete, „ein Zug ginge." Es zeigte sich jedoch ganz klar, daß er nur kniff, weil der den treffenden und sachlichen Ausführungen nicht standhalten konnte.

Hierauf sprach ein Genosse der KPD, welcher den Beifall aller Anwesenden erhielt, weil er klipp und klar die Forderungen der Kommunistischen Partei entrollte und das ganze System bloßstellte. Es wurde dann eine Resolution, ähnlichen Wortlauts wie oben, von dem Reichsbund für Siedlung und Pachtung, dem Bund schaffender Landwirte und dem Land- und Waldarbeiterverband unterzeichnet, einstimmig angenommen.

Aus der Landarbeiterbewegung

Die Landarbeiter Ostpreußens, die im DVB. organisiert sind, leiden unter der jammervollen Leitung ihrer Führer derart, daß die Landjunker sich alle Frechheiten erlauben. In Tilsit fand nun am Sonntag, dem 16. September, eine Konferenz der Kreise: Tilsit, Ragnit, Pillkallen, Labiau und Niederung statt, in der die Funktionäre des DVB. folgende Resolution an den in Magdeburg tagenden Verbandstag des DVB. sandten:

„Die am 16. September 1923 zu Tilsit versammelten Funktionäre und Mitglieder des DVB., welche aus den Kreisen Tilsit, Ragnit, Labiau, Niederung und Pillkallen delegiert sind, verlangen von der Generalversammlung:

1. **Austritt des DVB. aus der Arbeitsgemeinschaft.**
2. **Demokratisierung des Verbandes.**
3. **Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen oppositionellen Mitglieder, insbesondere der aus dem Gau Magdeburg.**
4. **Abschluß von einheitlichen Tarifen über ganze Gaue in der Zeit vom 1. April bis zum 31. März.**

Die Delegierten sprechen dem Hauptvorstand des DVB. ihr schärfstes Mißtrauen aus für die vollständig unzulänglich abgeschlossenen Tarife.

Da die Landarbeiter in dem bisherigen Verhalten des Hauptvorstandes des DVB. die bewußte, vollständige Preisgabe der Landproletarier an die Junker erkennen, fordern die Landarbeiter den sofortigen Rücktritt des Vorsitzenden Schmidt, der ohne Wissen der Mitglieder des Verbandes, das „Hilfswerk der Landwirtschaft" abschloß, durch das die Landarbeiter vollständig an das Junkertum ausgeliefert wurden.

Sollten die sich meist selbst nach Magdeburg gewählten Vertreter die in der Resolution aufgestellten Forderungen wie bisher hohnlächelnd in den Papierkorb wandern lassen, dann sehen sich die Landarbeiter der fünf Kreise Ostpreußens, die hinter diesen Forderungen stehen, gezwungen, schärfere Maßnahmen zu treffen."

Es folgen 15 Unterschriften aus den Orten: Schillenigken, Ragnit, Ostenwethen, Laukendorf, Scharlack, Kaukehmen, Neukirch, Heinrichswalde, Bartscheiten und Potraken.

Recht so, Ihr Landarbeiter!

Die Rechenkünstler vom Landbund

Der Schlesische Landbund versucht den Behauptungen der bösen Kommunisten, daß die Großagrarier mit ihren Erzeugnissen Wucher treiben, die Spitze abzubrechen. Er hat es ja auch sehr nötig, denn in dieser Beurteilung der Krautjunker sind sich nicht nur die Kommunisten, sondern überhaupt alle Verbraucherkreise vollkommen einig. Die Pressehunde der Landbündler heulen wieder einmal das „wirtschaftliche Elend" der Großagrarier in alle Welt hinaus. In einer Gegenüberstellung der Preise für Industrieprodukte und landwirtschaftliche Erzeugnisse suchen sie den Beweis zu führen, daß die Preise der Landwirtschaft weit hinter den Preisen der Industrie zurückbleiben.

Sie fangen es, wie alle Kapitalisten, sehr raffiniert an. Als Stichtag haben sie den 1. September gewählt. An diesem Tage stand der Weizen auf 17 Millionen pro Zentner. Sein Preis betrug also das 1 700 000fache. Die Preise für die wichtigsten zur Getreideproduktion notwendigen Industriefabrikate betrugen das 900 000- bis 4 000 000fache. Im Durchschnitt also eine 2 000 000fache Steigerung der Industriepreise gegenüber der 1 700 000fachen Steigerung der Agrarerzeugnisse.

Das war am 1. September. Eine Woche später aber waren die Preise für die Produkte der Großagrarier denen der Industriewerte überlegen. Während die Preise für Düngemittel und Maschinen sich annähernd auf dem Niveau vom 1. September gehalten haben, war bei der landwirtschaftlichen Produktion eine dreifache Preissteigerung eingetreten.

Das nächste Mal werden wieder die Industriellen mit ihren Preisen an der Spitze marschieren. Die Kapitalisten von Axt und Halm und die von Schlot und Rauch teilen sich immer hübsch da ihre Rollen, sie nutzen die Konjunktur immer abwechselnd aus. Die Dummen dabei sind immer die Arbeiter, Angestellten und kleinen Bauern.

Nein, Ihr Schlotbarone und Krautjunker.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230921-13/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. **Bezugspreis** frei Haus 16.-22. Sept. 2 200 000 M., durch die Post 1 000 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 500 000 M. für den Millim. Höhe u. Spalte, 2 500 000 M. f. Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 700 000 Mk. | Freitag, den 21. September 1923 | 3. Jahrgang Nr. 221

Auslieferung Deutschlands an ein internationales Ausbeuterkonsortium

Eine Denkschrift Stresemanns an Belgien

Berlin, 20. September.

Das „8-Uhr-Abendblatt" meldet aus Paris: Die Mittagsblätter geben eine Meldung der „Daily News" wieder, wonach Reichskanzler Dr. Stresemann eine neue Denkschrift über die Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen ausgearbeitet und zunächst der belgischen Regierung überreicht hätte. Die Denkschrift enthalte drei Hauptpunkte: 1. Deutschland ist bereit, den passiven Widerstand einzustellen, falls die im Ruhrgebiet verhafteten Deutschen befreit werden und die ausgewiesenen Ruhrbewohner die Erlaubnis erhalten, in das Gebiet zurückzukehren. 2. Deutschland werde versuchen, zur Bezahlung der Reparationen eine höhere Summe als die in der Note Dr. Cunos angebotene Summe von 30 Milliarden zustande zu bringen. 3. Die deutsche Regierung ist bereit, in Deutschland eine internationale Finanzgesellschaft zu gründen, ferner eine Generalhypothek auf die deutsche Industrie aufzunehmen und der Reparationskommission Anteilscheine an sämtliche deutsche Industrieunternehmungen auszuhändigen.

*

Diese Meldung hat die Wahrscheinlichkeit für sich. Poincaré sagte in seiner letzten Rede in Dun am Sonntag, daß Deutschland, wenn es zur Verständigung kommen wolle, den Weg über die Reparationen nehmen muß. Herr Stresemann scheint Poincaré verstanden zu haben.

Bevor Poincaré seine Besprechungen mit dem englischen Ministerpräsidenten Baldwin hatte, über deren Ergebnis noch keine konkreten Angaben vorliegen, die aber in der englischen sowie in der französischen Presse äußerst günstig kommentiert werden, hatte er eine Unterredung mit dem belgischen Ministerpräsidenten, der eine äußerst verständigungsbereite Haltung gegenüber Deutschland eingenommen haben soll, weil er erkannt hat, daß Deutschland zur Verständigung bereit ist. Auch Frankreich läßt verkünden, daß es zur inoffiziellen Fühlungnahme bereit ist, um offizielle Verhandlungen folgen zu lassen.

Nach den Handlungen der Regierung, nach der Reise des französischen Arbeitsministers Le Troqueur nach dem Ruhrgebiet, nach dem Kurierverkehr Berlin—Paris, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Stresemann diese Note zunächst an Belgien gerichtet hat, um bei Frankreich zu fühlen. Sie bedeutet die glatte Kapitulation vor Frankreich, sie bedeutet den Verkauf des deutschen Volkes an ein internationales Finanzkonsortium, Deutschland kommt ebenso wie Oesterreich unter die Herrschaft der Entente.

Wie unter Cuno der Widerstand bis zum Aeußersten angekündigt wurde, so lassen Stresemann-Hilferding inoffiziell erklären:

„Die Regierung ist bereit, alles, was in ihrer Macht liegt, zu tun, um die wirtschaftliche Tätigkeit des Ruhrgebietes wieder herzustellen. Aber eine Befriedigung des Ruhrgebietes ist ebensowenig wie die Wiederaufnahme normaler wirtschaftlicher Funktionen auch nur für die Dauer eines Provisoriums denkbar, solange nicht die Verurteilten amnestiert und die Ausgewiesenen zurückgekehrt sind, und solange nicht die Verwaltung wider in die Hände der deutschen Beamten gelegt ist. Ebenso hängt das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete davon ab, daß die freie Arbeit gewährleistet und der freie Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet gesichert ist."

Stresemann-Hilferding-Sollmann wollen den internationalen Profithyänen den Rest des deutschen Volksvermögens, die Arbeitskraft des schaffenden Volkes, in den Rachen werfen. Die deutschen kapitalistischen Ausbeuter sind bereit, alle Lasten der Reparationen aus den Arbeitern und Beamten durch Mehrarbeit und Kürzung der Gehälter herauszuquetschen. Hat doch nach den mitteldeutschen Kohlenbaronen jetzt auch der Gesamtvorstand des „Verbandes säch-
... in Dresden eine Ent-
... es heißt:
...gerung der Produktion.
... Die Lohnpolitik in
...änger tragbar."
...et den Finanzdiktator
...ere Oberbürgermeister
...es Völkerbundes (lies
...achung der Finanzen
...nternationale Finanz-
... Vorbereitungen zu
...nd sind bereits ge-
...aben sich seit längerer
...nalen Anleihe unter-
...her keine genügenden
... will diese Garantien
...ndustrie schaffen.
...ng, daß nicht die In-
...ernationalen Finanz-
..., sondern die Arbeits-
...emann-Hilferding.
...lferding muß die Ar-
...mm aufstellen. Die
...ebsräte den Weg ge-
...t heute nur durch
...olutionäre Kraft des
...h nicht so stark ist,
...chlagen. Die Repara-
...r Besitzenden bezahlt
...hwerte Voraus-
...urch die Stresemann-
...erden nur durch die

...chland kann nur im
...b hinweg mit allen
bürgerlichen Koalitionsregierungen und ... der mit der Arbeiter-Regierung, die ihre Macht auf die proletarischen Organe, auf die Betriebsräte, Kontrollausschüsse und die bewaffneten Hundertschaften stützt.

Der neue Währungsplan

In den fünf Wochen des glorreichen Regimes der Großen Koalition haben Markentwertung und Inflation Formen angenommen, wie nie zuvor. Die Inflationssteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger und des Mittelstandes ist größer als je, die Löhne und Gehälter haben, in Goldmark oder Dollar berechnet, einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht. Gleichzeitig aber sind die Preise über das Goldniveau weit hinaus und haben vielfach das Dollarpreisniveau überschritten. Die Preise steigen noch schneller als der Dollarkurs, trotzdem die Markentwertung in einem rasenden Tempo sich vollzieht.

Die Erregung über diese Verhältnisse, die begleitet werden von einem Lebensmittelmangel, die breite Schichten der Werktätigen ergriffen hat, soll durch die Mitteilung des Finanzministeriums über die Währungspläne gedämpft werden. Besteht jetzt das ungeheuerste Elend, weiß die Regierung nicht im geringsten zu helfen, so soll durch die vorsichtige, vielfach auslegbare Fassung der Mitteilung über die Währungspläne eine bessere Zukunft versprochen werden. Der „Vorwärts" sieht richtig wieder einmal den Himmel voller Geigen, die gefährlichsten Illusionen auf eine wertbeständige Währung werden in der Arbeiterschaft zu wecken versucht.

Eine endgültige, klare Lösung hat die Reichsregierung nicht gefunden. Sie will mit Zwischenlösungen arbeiten. Die Reichsbank wird von den Reichsfinanzen losgelöst, die Diskontierung von Reichsschatzanweisungen wird eingestellt. Eine eigene Währungsbank übernimmt die Ausgabe von neuen Noten, die die Uebergangswährung darstellen und deren Deckung in hypothekarischer Belastung des Besitzes in der Höhe und auf Grund des Wehrbeitrags von 1913 besteht. Die neuen Noten werden als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt werden, neben ihnen wird weiter die Papiermark als Scheidemünze bestehen und in sie zu einem bestimmten Kurs einlösbar sein. Mit dieser neuen Notenausgabe will die Regierung das Defizit des Reichshaushaltes decken, nach Ablauf einer bestimmten Zeit zur Schaffung des Gleichgewichts im Reichshaushalt kommen, die neuen Noten gegen Reichsbanknoten einlösen, die Belastung des Besitzes rückgängig machen.

Neben dieser Uebergangswährung wird von der Reichsbank eine Goldwährung geschaffen werden, deren Noten nur in beschränktem Umlauf, je nach der vorhandenen Deckung (Gold, Devisen, Warenwechsel) ausgegeben werden. In Deutschland wird es also die Papiermarkwährung geben, daneben die Uebergangswährung und schließlich die Goldwährung, wozu noch die ausländischen Devisen, die in Deutschland sich in Zirkulation befinden und gewissermaßen die vierte Währung darstellen, kommen.

Die Mitteilung des Reichsfinanzministeriums ist nicht geeignet, die nötige Klarheit über die Pläne der Reichsregierung zu schaffen. Sie teilt die näheren Bedingungen und Absichten der Regierung nicht mit. Sie verschleiert, daß für eine mindestens gewisse Zeit das Notenmonopol vom Staat auf die Privatwirtschaft übergeht, die Beherrschung der Wirtschaft dem Großkapital überliefert wird. Durch diese Mitteilung sucht die Regierung auch die Arbeiter im unklaren darüber zu lassen, daß die eigentliche Goldwährung ein Privileg der Großkapitalisten, die bisher schon durch den Besitz von Devisen sich den Wirkungen der Inflation entziehen konnten, sein wird. Diese Währung, die tatsächlich mit Gold oder goldähnlich gedeckt sein wird, wird in erster Linie dazu dienen, Kredite an die Privatwirtschaft zu geben. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger, den Mittelstand und die Kleinbauern kommt neben der elenden Papiermark, die diese Schichten weiter in Zahlung werden nehmen müssen, nur die Uebergangswährung in Frage. Auch diese Währung soll wertbeständig sein. Aber würden diejenigen, die scheinbar mit dem Brustton der Ueberzeugung für die Wertbeständigkeit der Uebergangswährung garantieren, auch davon überzeugt sein, dann hätten sie nicht nötig, für das Großkapital eine besondere Goldwährung zu schaffen.

Die Uebergangswährung entspricht vollkommen einem Versuch der Währungsreform, der in der großen französischen Revolution vorgenommen wurde. Zu Beginn des Jahres 1796 waren die Assignaten, die von der französischen Republik herausgegeben waren, vollkommen entwertet. Das damals sich an der Macht befindliche Direktorium erklärte feierlichst, den Druck der Assignaten einzustellen und die Assignaten durch ein neues Papiergeld, durch die mandats territoriaux einzulösen, Noten, deren Deckung in beschlagnahmten Emigrantengütern bestand. Ende Februar war mit der Ausgabe der neuen Noten begonnen worden, am 31. Juli mußte durch ein Gesetz die vollkommene Entwertung dieser neuen Noten anerkannt werden. Die öffentlichen Kassen nahmen die Noten nur zum Tageskurs an. Heute, wie damals, stellt der Staat den Druck des bisherigen Papiergeldes ein, um neues Papiergeld auszugeben. Heute, wie damals, gibt die Regierung diese neuen Noten aus, um ihr Defizit zu decken. Während aber das Direktorium nach wenigen Wochen die Entwertung ihrer neuen Noten anerkennen mußte, besteht die Gefahr, daß die Werktätigen in Deutschland in diesen neuen Noten bezahlt werden, während gleichzeitig auch diese neue Währung entwertet, die Preise sich nicht nach dieser Währung, sondern weiter nach dem Dollar oder nach der neuen Goldwährung richten. Unter Aufrechterhaltung der Fiktion der „Wertbeständigkeit" der neuen Währung aber können Löhne und Gehälter in ihrem Realwert gedrückt, eine neue Inflationssteuer den Ausgebeuteten aufgebürdet werden.

Zweifellos aber wird die hypothekarische Belastung bei dieser neuen Währung von den Kapitalisten ausgenutzt werden, um be-

Ausdehnung des südbadischen Generalstreikes

(Eigene Drahtmeldungen)

Lörrach, 21. September.

Durch das Zusammengehen von Betriebsräten, Gewerkschaften, KPD. und VSPD. ist die Streikbewegung einheitlich und geschlossen. Das entschiedene Auftreten der Arbeiterschaft verhindert Unruhen. Der Generalstreik wird fortgesetzt. Bürgerliche Meldungen von einem Abflauen des Streiks sind nur Wunschmeldungen. Der Regierung ist es peinlich, daß sie durch die Geschlossenheit der Kampffront keinen Vorwand zum Eingreifen hat.

Heidelberg, 21. September.

Seit gestern mittag 12 Uhr ruhen in Heidelberg alle Betriebe. Drei Autos mit Sipo sind eingesetzt worden, um die Straßen zu säubern. Die Betriebsrätevollversammlung hat beschlossen, den Generalstreik auf 12 Stunden auszudehnen und für den Fall, daß die Sipo nicht zurückgezogen wird, auch die Gas- und Elektrizitätswerke und die Straßen- und Eisenbahn stillzulegen.

Mannheim, 21. September.

In den Mannheimer Betrieben haben die Belegschaften zu dem Kampfe der Lörracher und Heidelberger Arbeiterschaft Stellung genommen und sich überall über die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zurückziehung der Sipo ausgesprochen. Alle Belegschaften verlangen die Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses für ganz Baden.

Der bevorstehende bayrische Faszistenputsch

(Eig. Drahtm.) **Nürnberg, 20. September.**

Aus gewerkschaftlichen Kreisen teilt man uns mit, daß eine höhere Amtsstelle mit Gewerkschaftern Fühlung genommen hat, was sie im Falle eines Rechtsputsches zu tun gedenken. Bei dieser Gelegenheit wurde von jener Stelle mitgeteilt, daß in den Kreisen der faszistischen Kampfverbände die Absicht bestehe, in wenigen Tagen loszuschlagen. Höchstens solle der Putsch auf acht Tage verschoben werden.

*

Die Sache muß schon weit gediehen sein, wenn solche Stellen sich genötigt sehen, Alarmrufe in die Welt zu schicken. Für die Arbeiterschaft Süd- und Nord-Deutschlands bedeutet das beschleunigter Ausbau der Abwehrformationen, besonders in den Betrieben.

Die Arbeiter-Regierung in Thüringen an den VSPD.-Führern gescheitert

(Eig, Drahtm.) **Weimar, 20. September.**

Heute wurden die Verhandlungen zwischen der VSPD. und der KPD. über die Bildung einer Arbeiter- und Kleinbauern-Regierung fortgesetzt. Der Zentralvorstand der VSPD. ist durch Dißmann vertreten, der alles versucht, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen und die Große Koalition in Thüringen zu fördern. Die sozialdemokratischen Vertreter haben in den Fragen des Betriebsrätekongresses und den gemeinsamen Hundertschaften keine Zugeständnisse gemacht. In Anbetracht dieser Tatsache gab die KPD. eine Erklärung ab, die u. a. folgendes besagt:

„Es war die ehrliche Absicht der KPD., mit der VSPD. eine Regierung zu bilden, die sich auf den Willen der Werktätigen in Stadt und Land stützt. Die Verhandlungskommission der VSPD. hat trotz ihrer Erklärung zur parlamentarischen und außenparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft mit der KPD. es abgelehnt, die Voraussetzungen zur Sicherung der Existenz einer Arbeiter- und Kleinbauern-Regierung mit der KPD. zu schaffen. Diese Sicherung liegt in der Mobilisierung der Arbeiterschaft."

Da in dem vorgelegten Programm der VSPD. außer der Anerkennung der Kontrollausschüsse keine Annäherung an die Forderungen der KPD. vorhanden ist, kann die KPD. nicht in die Regierung eintreten. Nach einer längeren Fraktionssitzung erklärte die VSPD.-Kommission, daß sie ihre Mandate in die Hände ihrer Auftraggeber zurücklegen werde. Die VSPD.-Funktionäre müssen jetzt zu der Situation Stellung nehmen.

In allen Städten und Betrieben Thüringens wächst die Bewegung für die Arbeiter- und Kleinbauern-Regierung unter Unterstützung des Betriebsrätekongresses.

Annahmeverweigerung der Mark. Aus Neuyork wird gemeldet: Die National City Banc hat beschlossen, in Zukunft kein deutsches Papiergeld mehr anzunehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230921-13/fragment/page=0007